

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
Stückpreis 1,90 M., monatlich 1,50 M.,
wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus
eingetragen...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 4. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Amerika erklärt Deutschland den Krieg.

Krieg mit Amerika!

Was seit dem 1. Februar vorauszuhaben war, ist eingetreten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erklären an Deutschland den Krieg. Wilson forderte, daß dieser Krieg in engster Zusammenwirkung mit den Verbündeten geführt würde, er verlangte die sofortige Bildung eines Heeres von 500 000 Mann und Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht.

Wilson's Rede wird noch Anlaß zu mancherlei Erklärungen geben. Besonders bemerkenswert dünkt uns aber seine Auffassung, daß die russische Revolution zur Wiederherstellung des Weltfriedens beitragen könne. Danach scheint der Präsident der Meinung zu sein, der deutsch-amerikanische Krieg könne zum Abbruch gelangen, noch ehe er sich vollständig entwickelt hat.

Für heute aber müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß ein neuer Feind gegen uns aufgestanden ist, der seine großen Kräfte allerdings nur langsam entfalten kann. Wir müssen damit rechnen, daß auf der künftigen Friedenskonferenz, deren baldigen Zusammentritt wir wünschen, auch Amerika auf der Bank unserer Gegner sitzen wird.

Das Volk im Soldaten- und Bürgerrock tut seine Pflicht. Von den leitenden Staatsmännern aber verlangt es einen weithin sichtbaren Beweis gegen die feindliche Behauptung, einen Beweis, daß Deutschland weder autoritär noch imperialistisch regiert wird, noch einen Eroberungskrieg führt.

Wilson's Rede im Kongress.

„Die ganze Kraft der Nation!“

Washington, 3. März. Neutermeldung. Im Kongress erklärte Wilson:

Ich habe den Kongress zu einer außerordentlichen Session einberufen, weil sofort ein erster politischer Entschluß gefaßt werden muß, wofür ich verfassungsmäßig die Verantwortung nicht übernehmen kann.

Ich unterbreite Ihnen am 3. Februar eine außerordentliche Anzeige der deutschen Regierung, daß sie beabsichtige, ab 7. Februar alle rechtlichen und humanitären Beschränkungen beiseite zu lassen, und alle Schiffe, welche versuchten, die feindlichen Häfen zu erreichen, durch U-Boote zu versenken; das schien in einer früheren Kriegsphase das Kriegsziel der deutschen U-Boote zu sein, aber seit April 1916 erlegte die deutsche Regierung den Kommandanten der U-Boote gewisse Beschränkungen auf, gemäß des uns gegebenen Versprechens.

Die neue deutsche Politik ließ jede Beschränkung fallen, Schiffe aller Art wurden skrupellos und ungewarnt versenkt, ohne daß man daran dachte, den an Bord befindlichen Personen zu Hilfe zu kommen, und neutrale und befreundete Schiffe wurden ebenso wie Schiffe von Kriegsführenden, selbst Hospitaltschiffe, die mit einem Freigeleit von der deutschen Regierung versehen waren, mit derselben Willehms- und Prinzipienlosigkeit versenkt. Das Völkerrecht hat sich mühsam entwickelt mit Resultaten, die dürftig genug waren. Aber die deutsche Regierung hat auch dieses Minimum an Recht unter dem Vorwande der Wieder Vergeltung und Notwendigkeit aufgehoben, weil sie keine Waffen besaß, die auf der See verwendet werden können, außer denjenigen, die nicht angetroffen werden dürfen, wie Deutschland sie jetzt anwendet, nämlich ohne Berücksichtigung aller Erwägungen der Menschlichkeit oder Abmachungen, auf denen der Weltverkehr begründet ist.

Ich denke jetzt nicht an die materiellen Verluste, so ernst sie sind, sondern nur an den allgemeinen Untergang von Nichtkämpfern, Männern, Frauen und Kindern. Der gegenwärtige deutsche Krieg gegen den Handel ist ein Krieg gegen die Menschlichkeit und gegen alle Nationen. Jede Nation muß sich selbst entscheiden, wie sie dieser Herausforderung begegnen will. Unsere Wahl muß mit Mäßigkeit getroffen werden, entsprechend unserem Charakter und unseren

Motiven als Nation. Wir müssen uns von übergroßer Erregung frei halten. Unser Motiv ist nicht Rache oder das Prinzip brutaler Gewalt, sondern wir treten für die Menschenrechte ein.

Als ich im letzten Februar vor dem Kongress sprach, glaubte ich, daß es genügen werde, unsere neutralen Rechte durch Verwahrung der Schiffe zu sichern.

Aber eine bewaffnete Neutralität erscheint gegenwärtig unnütz.

Es ist unmöglich, Schiffe gegen die Angriffe der deutschen U-Boote zu verteidigen. Es entspricht der gewöhnlichen Klugheit zu versuchen, sie zu zerstören, bevor sie ihre Absicht erkennen lassen. Die deutsche Regierung leugnet das Recht der Neutralen, in der Sperrzone überhaupt Waffen anzuwenden, um die Rechte zu verteidigen, die kein moderner Jurist jemals bestritten hat.

Deutschland zeigt an, daß die Eskorten zum Schutze der Schiffe wie Piraten behandelt werden würden. Angesichts solcher Anmaßung ist die bewaffnete Neutralität mehr als unnütz. Wenn wir uns dem unterwerfen, würden wir unsere heiligsten nationalen Rechte verleben lassen. Ohne Zaudern den Geboten meiner konstitutionellen Pflicht gehorchend, rate ich dem Kongress zu erklären, daß die jüngste Handlung der deutschen Regierung tatsächlich nichts weniger als der Krieg gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten ist, und förmlich

den Kriegszustand anzunehmen,

der Amerika auferlegt ist, und sofortige Maßregeln zu ergreifen, nicht nur um das Land in den vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen, sondern auch seine Hilfsquellen zu verwenden, um Deutschland zu zwingen, die Bedingungen zur Beendigung des Krieges anzunehmen.

Der Kriegszustand wird ein enges Zusammenwirken mit den anderen Deutschland bekämpfenden Regierungen herbeiführen, indem wir ihnen liberale Finanzkredite gewähren und ihnen die Organisation zur Mobilisierung aller materiellen Hilfsquellen des Landes zur Verfügung stellen, um Kriegsmaterial zu liefern, und auf die reichsichtigste, aber sparsamste und wirksamste Art den anderen Bedürfnissen der Nationen zu dienen. Eine weitere Folge des Kriegszustandes würde die sofortige vollständige Ausrüstung der Flotte namentlich mit Mitteln sein, um die feindlichen U-Boote zu bekämpfen und ferner eine sofortige Heeresvermehrung um mindestens

500 000 Mann

mit der Ermächtigung, die Streitmacht den Bedürfnissen entsprechend weiter zu vermehren. — Nach Ansicht des Präsidenten sollten die Soldaten nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ausgehoben werden.

Wir hatten keinen Streit mit dem deutschen Volke. Die deutsche Regierung begann den Krieg ohne Initiative, Kenntnis und Billigung des Volkes, der Krieg wurde beschlossen von den Machthabern, provoziert und geführt im Interesse der Dynastien und einer kleinen Gruppe ehrgeiziger Männer, die gewohnt sind, ihre Landsleute als Werkzeuge zu benutzen. Die Empfindung der Amerikaner ist, daß unsere Hoffnung auf den künftigen Weltfrieden eine Verkräftigung erfahren hat durch die wunderbaren ermutigenden Ereignisse in Russland. Dort haben wir einen würdigen Teilnehmer am Ehrenbunde (wörtlich: fit partner for league honour). Wir stehen jetzt im Begriffe, den Kampf mit dem natürlichen Feinde der Freiheit aufzunehmen und werden nötigenfalls

die ganze Kraft der Nation aufwenden, um seine Machtansprüche zu vereiteln. Wir beabsichtigen keine Eroberungen, wir sind nur einer der Vorkämpfer der Menschenrechte und werden zufrieden sein, wenn diese Rechte gesichert sind.

Wilson fügte noch hinzu, daß Österreich-Ungarn tatsächlich nicht im Seekrieg gegen amerikanische Bürger begriffen ist. Er wolle die Erörterung über die Beziehungen mit Wien aufschieben. Wilson schloß, Amerika werde für die teuersten Güter kämpfen, nämlich für die Demokratie, die Rechte und die Freiheiten der kleinen Nationen.

Sobald Wilson nach seiner Ansprache den Kongress verlassen hatte, brachte der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Floyd, eine Resolution ein, die den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten beider Häuser überwiesen wurde. Die Sitzung wurde darauf vertagt. Während der Sitzung des Kongresses traf die Nachricht von der Versenkung des amerikanischen Ozeandampfers Aztec ein.

Des Volkes Wille.

Eine Stunde der russischen Revolution.

Es war in Petersburg am 14. März 1917. Durch die Straßen wogte die Menge, Bürger und Soldaten, hungrig, doch froh in dem Gefühl, von einer ungeheuren Last befreit zu sein. Eine Welle des Volksstroms schlug in den Palast der Zuma, wo der Kadettenführer Miljutow vor sie hintrat. Die Leute aus dem Volk forderten Aufklärung über das große geschichtliche Schauspiel, dessen Zeugen und Mitwirkende sie gewesen waren. Das Volk fragte und Miljutow sprach:

Wir sind Zeugen eines großen historischen Augenblicks. Noch vor drei Tagen waren wir eine bescheidene Opposition, während die russische Regierung allmächtig schien. Jetzt liegt diese Regierung im Staube, mit dem sie eins geworden ist, während wir und unsere Freunde von der Linken von der Revolution, dem Heere und dem Volke auf den ehrenvollen Platz von Mitgliedern des neuen russischen Volkskabinetts gestellt worden sind. (Lebhafter Beifall.) Wie konnte dies Ereignis, das noch vor ganz kurzer Zeit unmöglich schien, zur Wirklichkeit werden? Wie konnte es geschehen, daß die russische Revolution, die für immer das alte Regime gestürzt hat, sich fast als die kürzeste und unblutigste aller Revolutionen erwies, die die Geschichte kennt? Das geschah deshalb, weil die Geschichte keine andere so dumme, so erlosche, so feige und verräterische Regierung kennt, wie diese nunmehr gestürzte Regierung, die sich mit Schmach bedeckt hat und alle Wurzeln von Sympathie und Achtung verloren hat, die eine jede auch nur einigermaßen starke Regierung mit dem Volke verbindet.

Wir haben die Regierung leicht und rasch gestürzt. Das ist noch nicht alles, was getan werden muß. Es bleibt noch, den größeren Teil zu tun. Es bleibt noch die Aufgabe, diesen Sieg, den wir so leicht davongetragen haben, in Händen zu behalten. Wie kann das geschehen? Die Antwort ist klar und einfach. Wir müssen den Sieg organisieren und müssen daher in erster Linie die Einmütigkeit im Willen und Denken bewahren, die uns zum Siege geführt hat. Zwischen uns, den Mitgliedern des jetzigen Kabinetts, bestanden viele alte und wichtige Streitpunkte und Differenzen. Vielleicht werden diese Differenzen bald wichtig und ernst werden, heute aber verblissen sie und treten zurück vor der Haupt- und Gesamtaufgabe, die noch nicht völlig gelöst ist, der Aufgabe,

eine neue Volksmacht zu schaffen

an Stelle der alten gestürzten. Seid daher einig in der Erstrebung dieses Zieles, wie auch wir einig sind. Seid einig in der Beseitigung politischer Streitfälle, die wichtig sein mögen, die aber heute uns und die Früchte unseres Sieges bringen könnten. Auch Ihr, Soldaten und Offiziere der großen russischen Armee, seid einig und vergesst nicht, daß die Armee durch ihre innere Einigkeit stark ist. Geht diese Einigkeit verloren und zerbröckelt, so verandert sich das Heer in einen planlosen Haufen, und eine Handvoll bewaffneter, organisierter Leute können ihn mit leeren Händen zerstreuen. Bewahrt diese Einheit, diese Einigkeit für Euch und für uns und zeigt, daß, nachdem wir so leicht die ohnmächtige alte Macht gestürzt haben, es nicht so leicht sein wird, die erste vom Volke an die Spitze gestellte öffentliche Gewalt zu stürzen. (Lebhafter, andauernder Beifall.) Ich weiß, daß es Sünden der Vergangenheit gibt, und daß die gegenwärtigen Beziehungen im alten Heer oftmals auf der Grundlage der Leibeigenschaft begründet waren. Jetzt aber begreifen Eure Offiziere zu gut, daß in gemeinen Soldaten das Bewußtsein als Mensch und Bürger gehütet und geachtet werden muß. Und die Soldaten, die den Sieg davongetragen haben, wissen ebenso gut, daß sie diesen Sieg vervollständigen und zu einem dauernden nur machen können, wenn sie die Beziehungen zu dem Offizierskörper bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Ich höre die Frage: Wer hat Euch gewählt? Uns hat niemand gewählt, denn hätten wir erst auf die Resultate der Volkswahlen gewartet, so hätten wir unserem Feinde nicht die Macht entreißen können. Während wir darüber gestritten hätten, wer gewählt werden soll, hätte der Feind Zeit gehabt, sich zu organisieren und Euch und uns zu besiegen.

Uns hat die russische Revolution gewählt.

(Lebhafter andauernder Beifall.) Wir hatten das Glück, daß in einem Augenblick, wo nicht gesagert werden durfte, sich eine Handvoll Leute fand, die durch ihre politische Vergangenheit dem Volke genügend bekannt waren und gegen die auch nicht ein Schatten jener Einwendungen erhoben werden kann unter deren Schlägen die alte Regimentsgewalt fiel. Aber wir wissen zu genau, daß wir selbst noch vor kurzem die Pflicht der Verantwortlichkeit der Regierung gegen

über den Volksvertretern verteidigt haben und wir werden nicht eine Minute länger die Regierungsgewalt ausüben, als wie die freien vom Volke erwählten Vertreter uns lösen werden, daß sie an unserer Stelle andere Leute, die ein größeres Vertrauen verdienen, zu sehen wünschen. Glauben Sie, man übernimmt in diesen Tagen nicht die Regierungsgewalt, weil sie loht. Sie ist keine Auszeichnung und kein Vergnügen, sondern ein Verdienst und ein Opfer. (Lebhafte Beifall.) Und sobald man uns sagen wird, daß das Volk dieses Opfers nicht mehr bedarf, werden wir zurücktreten mit Dank, daß uns hierzu die Möglichkeit gegeben ist. Wir werden aber diese Gewalt jetzt, wo sie notwendig ist, um den Sieg des Volkes zu festigen, nicht abtreten, da sie, unseren Händen entglitten, nur unserem Feinde zugute kommen kann. (Beifall. — Zurufe: Wer sind die Minister?)

Es darf vor dem Volke keine Geheimnisse geben.

Ganz Rußland wird dieses Geheimnis in einigen Stunden erfahren und wir sind natürlich nicht deshalb Minister geworden, um unsere Namen zu verbergen. Ja, werde sie Ihnen gleich nennen. An die Spitze unseres Ministeriums haben wir einen Mann gestellt, dessen Name die organisierte russische Öffentlichkeit bedeutet (Zuruf: Zensur!), die von der alten Regierung so unverdächtig verfolgt wurde. Fürst Lwow, an der Spitze der russischen Semstwo stehend (Zuruf: Zensurwahl!), wird unser Premierminister und Innenminister, der an die Stelle seines Verfolgers treten wird. Sie sagen: Zensur-Öffentlichkeit. Ja, aber die einzige organisierte, die dann die Möglichkeit geben wird, auch den anderen russischen Gesellschaftsschichten, sich zu organisieren. Ich freue mich aber, Ihnen sagen zu können, daß auch die zensurfreie Öffentlichkeit ihren Vertreter in unserem Ministerium besitzt. Ich habe soeben die Einwilligung meines Kollegen Kerenski erhalten, einen Posten im ersten russischen öffentlichen Kabinett zu übernehmen. (Stürmisches Händeklatschen.) Wir haben uns unendlich gefreut, in die treuen Hände dieses Politikers das Ministerium zu übergeben, in dem er den Kolaken des alten Regimes, all diesen Stürmern und Suchomlinows, die gebührende Vergeltung wird zuteil werden lassen. Die feigen Gelden der für immer vergangenen Tage werden durch den Willen des Schicksals sich nicht in der Gewalt der Schischeglowstowischen Justiz, sondern des Justizministeriums Kerenski befinden. (Stürmischer Beifall.) Sie wollen die weiteren Namen wissen. Meine Freunde haben mich beauftragt, die Leitung der äußeren Politik zu übernehmen. (Lebhafte Beifall.) Ich werde mich auf diesem Posten vielleicht als ein schwacher Minister erweisen, aber ich kann Ihnen versprechen, daß unter meiner Leitung die Geheimnisse des russischen Volkes nicht in die Hände unserer Feinde gelangen werden. (Lebhafte Beifall.)

Jetzt werde ich Ihnen einen Namen nennen, von dem ich weiß, daß er hier auf Widerspruch stoßen wird. Guttschlow war mein politischer Gegner (Zuruf: Ihr Freund), solange die Reichsduma besteht. Aber, meine Herren, wir sind jetzt politische Freunde und auch dem Gegner gegenüber muß man gerecht sein. Guttschlow hat in der dritten Duma die Reorganisation des russischen Heeres, das zudem durch die Mißverfolge in der Mandchurei desorganisiert war, in Angriff genommen und er hat den ersten Grundstein zu dem Siege gelegt, mit dem unsere erneute Armee aus dem gegenwärtigen großen Kampfe hervorgehen wird. Guttschlow und ich sind verschiedene geartete Leute. Ich bin ein alter Professor, der gewohnt ist, Vorlesungen zu halten. Guttschlow ist ein Mann der Tat. Und während ich hier im Saale zu Ihnen spreche, organisiert Guttschlow in den Straßen der Residenz unsere Truppen. (Beifall.) Was hätten Sie gesagt, wenn Guttschlow, statt geistern nach Militär auf den Bahnhöfen zu postieren, wo das Eintreffen revolutionsfeindlicher Truppen erwartet wurde, sich an unseren politischen Debatten beteiligt hätte und die uns feindlichen Truppen nach Befestigung des Bahnhofs die Straßen und später diesen Saal besetzt hätten? Was wäre mit Ihnen und mit mir geschehen? (Zustimmung. Zuruf: Und der Marineminister?) Für den Posten eines Marineministers werden wir einen würdigen Kandidaten finden und vorläufig auch diesen Posten Guttschlow übertragen.

Ferner haben wir zwei Plätze den Vertretern jener liberalen Gruppe der russischen Bourgeoisie eingeräumt, die als erste versucht haben, die öffentliche Vertretung der Arbeiterklasse in Rußland zu organisieren. (Zuruf: Wo ist diese Vertretung?) Meine Herren, die alte Regierung hat sie geschaffen. Konowalow hat der Arbeitergruppe geholfen, sich im Petersburger Kriegsindustriellen-Komitee zu organisieren, und Tereschtschenko hat das gleiche für Kiew getan. (Zuruf: Wer ist Tereschtschenko?) Tereschtschenkos Name hat im Süden Rußlands einen lauten Klang. Rußland ist groß und es ist schwierig, überall unsere Besten zu kennen. (Zuruf: Und die Landwirtschaft?) In diesen Tagen, wo die Versorgung des Heeres eine ernste und schwierige Frage bildet, wo die alte Regierung unsere Heimat nahezu an den Rand des Abgrundes geführt hat und jede Minute der Verzögerung Hungerrevolten zur Folge haben kann, in einer solchen Zeit haben wir zum Landwirtschaftsminister Schingarjow gewählt, der, wie uns scheint, auf die Unterstützung der Öffentlichkeit rechnen kann, die Mithil verlagert war und dessen Fiasco zur Folge hatte. (Lebhafte Beifall.) Auf den Posten des Verkehrsministers haben wir Nektarjow gestellt, den zweiten Vorsitzenden der Reichsduma, der bei den Kollegen auf der Linken besonders beliebt ist. (Lebhafte Beifall.) Das ist scheinbar fast alles, was Sie interessieren könnte. (Zuruf: Und das Programm?)

Ich bedauere sehr, daß ich in Beantwortung dieser Frage nicht in der Lage bin, Ihnen jetzt gleich das Papier zu verlesen, auf dem dies Programm dargelegt ist. Die Sache ist die, daß das einzige Exemplar des Programms, das gestern in einer langen Nachtigung mit den Vertretern des Arbeiterdeputiertenrats durchberaten worden ist, gegenwärtig der endgültigen Prüfung unterliegt. Ich hoffe, daß Sie nach einigen Stunden dieses Programm kennen werden. Ich kann Ihnen natürlich schon jetzt die wichtigsten Punkte nennen. (Lärm, laute Zurufe: Und die Dynastie?)

Sie fragen wegen der Dynastie. Ich weiß von vornherein, daß meine Antwort nicht alle unter Ihnen befriedigen wird, dennoch will ich die Frage beantworten. Der alte Despot, der Rußland dem völligen Zerfall zugeführt hat, wird freiwillig auf den Thron verzichten oder abgesetzt werden. (Beifall.) Die Regierungsgewalt wird dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch als Regenten übertragen werden. (Lärm, laute Zurufe: Und die Dynastie?) Thronfolger wird Alexei. (Zuruf: Dies ist die alte Dynastie!) Ja, meine Herren, es ist dies die alte Dynastie, die Sie vielleicht nicht lieben und die vielleicht auch ich nicht liebe. Im Moment

## Feindliche Erkundungsvorstöße nördlich Arras, nordöstlich Bapaume, westlich St. Quentin — Deutsches Vernichtungsgewehr südlich Ripont — Russischer Angriff bei Baranowitschi.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. April 1917. (W. T. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Arras bestiger Weichselstrom; mehrere gegen unsere Stellungen vordringende englische Aufklärungsabteilungen wurden abgewiesen.

Die gewaltsamen Erkundungen der Engländer und Franzosen im Kampfgebiet nördlich von Bapaume und westlich von St. Quentin wurden von harten Kämpfen begleitet. Sie verliefen — wie Beobachtung und Gefangenen-Aussagen ergaben — für den Feind äußerst verlustreich. Bei Kureuil wurden von uns über 300 Engländer gefangen zurückgeführt; sie gerieten jedoch in englische Maschinengewehrfeuer, so daß nur 60 unsere Linien erreichten.

Westlich der Straße Couch-le-Chateau—Soisson zerstreute unser Artilleriefeuer beobachtete Truppenansammlungen, in der Champagne, südlich von Ripont, unterband seine vernichtende Wirkung einen sich vorbereitenden Angriff.

In Luftkämpfen verlor der Feind vier Flugzeuge, von denen zwei durch Oblt. Frhr. v. Nidthofen abgeschossen wurden.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Dänaburg hielten mehrfach bewehrte Stoßtrupps einen Offizier, 93 Mann und zwei Maschinengewehre aus der russischen Stellung; auch bei Wajawitschi, nordöstlich von Bogdanow, hatte ein Erkundungsvorstöß vollsten Erfolg und brachte einen Offizier und 25 Mann an Gefangenen ein.

Nordöstlich von Baranowitschi griffen mehrere russische Kompagnien eine unserer Feldwachen an, die trotz starker Feuerbereitschaft ihre Stellung völlig behauptete.

Lebhafte russische Feuer beiderseits der Bahn Jozow—Tarnopol, an der Flota Lipa und am Dujestr sind keine Infanterieangriffe erfolgt.

An der Dytzyna—Solotwinka vordringende Jagdabteilungen der Russen wurden vertrieben.

An der Front des Generalsoberst Werschowski keine Ereignisse von Bedeutung.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen

keine Ereignisse von Bedeutung

### Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespa-See drangen unsere Truppen in vorgeschobene Stellungen der Franzosen; sie lehrten nach Abweisung von Gegenangriffen beschließend in die eigenen Linien mit Beute zurück.

Nördlich von Monastir ist ein kleiner französischer Angriff gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

### Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 3. April. Abends.

Im Westen lebhaftes Gefechtsstillsitzen südwestlich von St. Quentin und nordöstlich von Soissons, im Osten am mittleren Stochod.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 3. April 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz

An der Dytzyna—Solotwinka scheiterten Vorstöße russischer Aufklärungsgruppen. Nördlich des Dujestr stellenweise erhöhte russische Geschäftstätigkeit.

#### Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Kampfereignisse.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ostlich des Ohrida-See drangen unsere Truppen in feindliche Gräben ein und brachten Gefangene zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

handelt es sich aber nicht darum, wer was liebt. Wir können nicht die Frage bezüglich der

#### Gestaltung der Staatsform

unentschieden lassen. Wir denken sie uns gelöst in der Form einer parlamentarischen und konstitutionellen Monarchie. Möglicherweise denken sich manche die Lösung dieser Frage anders, wenn wir jedoch jetzt, statt uns sofort zu entscheiden, hierüber streiten sollten, so würde in Rußland der Bürgerkrieg ausbrechen und das soeben vernichtete Regime würde seine Auferstehung feiern. Wir haben weder Ihnen noch uns gegenüber ein Recht so zu handeln. Dies bedeutet jedoch nicht, daß wir die Frage ohne Kontrolle entschieden hätten. Sie werden in unserem Programm einen Punkt finden, wonach wir nach Abwendung der Gefahr und nach Einkehr einer gesicherten Ordnung Vorbereitungen zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts treffen werden. (Großer Beifall.)

Eine aus freien Wahlen hervorgegangene Volksvertretung wird entscheiden,

wer richtiger die Gesamtansicht Rußlands zum Ausdruck bringen wird, wir oder unsere Gegner. (Beifall, Lärm, Zurufe: Veröffentlichung Euer Programm!) Diese Zurufe erinnern mich an eine wichtige Frage, deren Entscheidung von dem Arbeiter-Deputiertenrat abhängt, der über die Buchdrucker verfügt. Das freie Rußland kann nicht auf die weiteste Verbreitung und Bepreicherung aller Nachrichten, die gegenwärtig ganz Rußland interessieren, verzichten. Ich hoffe, daß es schon morgen gelingen wird, das normale Erscheinen der nunmehr freien Presseorgane wieder herzustellen. Ich könnte, m. G., auch andere Punkte des Programms aufzählen, ich glaube aber, daß die von mir erwähnten Sie am meisten interessieren; die übrigen werden Sie aus der Presse erfahren. Ich bin heiser, das weitere Sprechen fällt mir

schwer. Gestatten Sie mir, vorläufig mit diesen Erklärungen meine Rede zu beenden. (Stürmischer Beifall.)

Zugleich schon mit der Veröffentlichung dieser Rede teilten die russischen Zeitungen mit, daß die Ausführungen Mikulows über die provisorische Regentenschaft des Großfürsten Michael Alexandrowitsch und die Thronfolge Alexeis seine persönliche Ansicht darstellten. Da in den gleichen Zeitungsnummern bereits der offizielle Bericht des Großfürsten auf die Übernahme der Regentenschaft veröffentlicht wurde, ist ohne weiteres der Schluss gegeben. Mikulow stieß mit seinem Vorschlag auf so heftigen Widerstand, daß er sich sofort hat eines Besseren belehren lassen und seinen Versuch, den Romanows ihren Thron zu erhalten, aufgab.

## Ein russisches Kriegskabinett nach englischem Muster?

Amsterdam, 3. April. Nach einem hiesigen Blatt meldet die „Times“ aus Petersburg, daß der russische Kriegskabinetminister und der Marineminister im Hauptquartier eingetroffen sind, um die Verbindung zwischen der Seeresleitung und der Regierung wiederherzustellen, die durch den Rücktritt des Zaren abgebrochen war. Auf der Konferenz wurde beschlossen, ein Kriegskabinett nach englischem Muster zu bilden, dem der Kriegminister, der Premierminister und die Minister des Auswärtigen, der Finanzen, der Eisenbahnen und der Landwirtschaft und ferner Kerenski angehören sollen. Die meisten von ihnen sind aufgefordert worden, sich ins Hauptquartier zu begeben.

Amsterdam, 3. April. Aus Petersburg wird gemeldet, daß ein Plan für eine Veränderung der Verantwortlichkeiten der Seeresleitung bereits entworfen ist. Die Notwendigkeit großer und tiefgreifender Veränderungen wird allgemein zugestanden. Viele Offiziere sind, nachdem die Pläne darüber abgestimmt hatten, entlassen worden. Die Gründe waren teils Unfähigkeit, teils reaktionäre Gesinnung, teils ihr deutscher Name.

Amsterdam, 3. April. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Petersburger Garnison hat bekanntgemacht, daß alle Soldaten und Offiziere, die nicht in bestimmter Frist ihren regelmäßigen Regimentsdienst wieder aufnehmen, als Vortreibende des alten Regimes und als Landesverräter zu betrachten seien.

Stockholm, 3. April. Nach den Berichten der Abgeordneten Schubert und Smirnow, die die russische Nordfront besuchten, ist die Stimmung der dortigen Truppen sehr unruhig. Unbedingt nötig sei es jedenfalls, die Truppen an der Front über die Vorgänge im Lande auf dem Laufenden zu halten. Bereits in Wlaskau erfuhren die Abgeordneten, daß ganze Abteilungen gemeuert hätten. Das Sumski-Regiment habe sich als erstes der Revolution angeschlossen. Daraufhin sei es aber mit einem neuen Befehlshaber in die Schützengräben geschickt worden. Soldaten verlassen ihre Truppenteile, um die ibrigen vor dem Revolutionsbrand zu retten.

Stockholm, 3. April. Nach Aussagen der Abgeordneten Stobelen und Muranow, die am 28. März einer von mehreren Tausenden Vertretern der Flotten, der Garnisonen und der Festungsartillerie veranstalteten Versammlung in Kronstadt beiwohnten, sei die dortige Stimmung immer noch nervös.

## Das Telegramm der deutschen Sozialdemokraten.

Kopenhagen, 3. April. Das Telegramm der deutschen Sozialdemokratie an die russischen Sozialdemokraten kam hier am 1. April morgens an und wurde sofort ins Russische übersetzt und nach Petersburg weiter telegraphiert.

## Hemmungen der Konstituante.

Amsterdam, 3. April. Das „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung werden nach dem allgemeinen Wahlrecht stattfinden. Dies ist aber mit technischen Schwierigkeiten verbunden, da die Wählerlisten unvollständig sind. Die Ausschreibung der Wahlen würde ungefähr auf dasselbe hinauslaufen wie die Anordnung einer Volkszählung. Außerdem muß man auf das Wahlrecht der im Felde stehenden Soldaten Rücksicht nehmen.

## Verhaftungen und Verschwörungsgerüchte.

In Petersburg ist Großfürst Boris, ein Vetter des Ex-Zaren verhaftet worden, und es heißt, die Verhaftung sei wegen Mitwisserschaft an einer Verschwörung zur Thronerhebung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch geschehen. Auch die Mutter des Großfürsten, Maria Pawlowna, wurde verhaftet.

Ferner drahtet der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ aus Petersburg: Die provisorische Regierung verhaftete sämtliche Mitglieder der Familie Rasputins, verschiedene hohe Offiziere und Generale aus dem Hauptquartier, darunter General Grefoff, sowie mehrere Personen, die mit der Großfürstin Pawlowna in Verbindung standen. Sämtliche Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der Internierung der gesamten Umgebung des Zarenpaars in der Peter-Paul-Festung und mit der Verbannung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch mit samt seiner militärischen Umgebung nach der Krim, weil er angeblich danach getrachtet habe, sich selbst mit Hilfe der Armee zum Zaren proklamieren zu lassen.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Petersburg telegraphiert, daß die russische Regierung nächste Woche Erklärungen abgeben wird über die Ereignisse, die zur Verhaftung der Großfürstin Wladimir und ihres Sohnes, des Großfürsten Boris geführt haben.

## Die Arbeiter der Putilowwerke.

Amsterdam, 3. April. Das „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Arbeiter der Putilowwerke haben sich bereit erklärt, die Arbeit mit Rücksicht auf die vom Feinde drohende Gefahr fortzusetzen. In einer Versammlung der Arbeiter wurden die früher geltenden Arbeitsbestimmungen ergänzt und die Einführung des Achtstundentages sowie die Einhaltung der Festtage im Prinzip verlangt. Dieses Prinzip soll in der ganzen russischen Industrie durchgeführt werden mit der ergänzenden Bestimmung, daß Überstunden, die extra bezahlt werden müssen, in allen Fabriken, die zur nationalen Kriegsindustrie gehören, gestattet sein sollen.

## Ein Aufruf an die Polen.

Die vorläufige Regierung hat einen Aufruf an die Polen veröffentlicht, der die Errichtung eines polnischen Reiches verspricht, das sämtliche Teile des ehemaligen Königreichs umfassen soll. In Polens Hauptstadt sollte der neue Staat durch eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts selbst Entschlüsse über seine Organisation treffen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ polemisiert gegen den Aufruf, der die Abhängigkeit der provisorischen russischen Regierung von der von England gegen Deutschland durchgesetzten Friedensformel erkennen läßt.

Im Anschluß an die Polemik heißt es in der „Nordd. Allgem. Ztg.“:

„Das Polen der Zukunft“, das die Mittelmächte erreichen wollen, ist ohne einen weiteren Schwertstreich, ohne das Opfer auch nur eines einzigen polnischen Lebens, der Freiheit gewiß, sobald die neue Regierung Polens sich entschließt, den blutigen Weg des Krieges zu verlassen, auf dem der entthronte Zar sein geknechtetes Volk ins Verderben getrieben hat. Die Mittelmächte sind es, die Polen in Fesseln haben. Durch Taten, nicht nur durch Worte, haben sie den Beweis geliefert, daß sie dem schwer geprägten Lande die Freiheit bringen. Kein Tropfen polnischen Blutes braucht dafür zu fließen, wenn Rußland wirklich nichts anderes als den gesicherten, ehrenvollen Frieden erstrebt, den es haben kann, sobald es ihn will.“

## Der Krieg auf den Meeren.

### Das erste bewaffnete amerikanische Handelsschiff versenkt.

Le Havre, 2. April. (Havasmeldung.) Ein deutsches U-Boot hat das erste bewaffnete amerikanische Handelsschiff, „Altes“, das sich auf der Reise nach Europa befand, versenkt. Eines unserer Patrouillenboote traf auf dem Meer ein Boot mit 19 Mann seiner Besatzung an. 28 Mann sollen noch fehlen. Da das Meer stürmisch ist, fürchtet man, die übrigen Schiffbrüchigen nicht mehr auffinden zu können.

### Die Beute des Seeadler.

Rio de Janeiro, 2. April. (Havasmeldung.) Der deutsche Hilfskreuzer hat folgende Schiffe genommen: Gladys Kone, Lady Island, Charles Gonnod, Perce, Antonio, Buenos Aires, italienischer Segler, 1811 Br. Reg.-To., Penmore, englischer Segler, 1497 Br. Reg.-To., La Rochefoucauld, Duplex und Horngarth mit 261 Seeleuten der verschiedensten Staatsangehörigkeit, darunter 102 Franzosen, — ungerchnet noch die 22 Mann von der Bark „Crosby“.

Der Bericht des Kapitäns der Bark besagt: Am 29. März um 7 Uhr 30 Minuten morgens nahmen wir im Nordwesten ein Segelschiff wahr, das schnell näher kam. Zwei Seemeilen entfernt grüßte es plötzlich seine Segel auf, und wir erkannten die deutsche Flagge. Ingleich mit dieser Veränderung machte das Schiff ein Signal und feuerte einen Kanonenschuß ab. Darauf kam ein deutscher Offizier mit bewaffneter Mannschaft an Bord, beschlagnahmte die Schiffs-papiere und befahl mir, mich an Bord des Kreuzers zu begeben und zur Verfügung des feindlichen Kommandanten zu stellen. Dieser teilte mir zuerst mit, daß er die Cambonne verhaften wolle, dann begann er sich anders, entlegte mich des Kommandos und beauftragte den englischen Kapitän John Walker vom Penmore, alle gefangenen Schiffsbemannungen von Bord des Kreuzers nach Rio de Janeiro zu bringen. Die Umfassung wurde so leicht mit Hilfe meiner Boote, die von den Booten des Kreuzers gekloppt wurden, bewerkstelligt. Während meiner Abwesenheit waren meine beiden Vramstengen abgeklagt und die Vramregel ins Wasser geworfen worden, um so die Fahrt der Cambonne zu vermindern und dem Kreuzer Zeit zu schaffen, andere Geschwader zu erreichen. Um 7 Uhr abends betraten die letzten Gefangenen, nämlich die Kapitäne, mein Schiff.

### Das U-Boot des Hans Buh.

Berlin, 3. April. Der französische Junkspruch (Siffelturm) vom 1. April bringt u. a. folgende Meldung unter der Überschrift: „Die Deutschen räumen den Verlust eines U-Bootes ein.“ Die deutschen Zeitungen melden den auf hoher See erfolgten Tod des Kapitänsleutnants Hans Buh, der einer der bekanntesten U-Boots-Kommandanten in Deutschland war. Es handelt sich hier offenbar um ein Einrohr-U-Boot, ein U-Boot verloren zu haben.

Boiffé Bureau teilt dazu mit: Dieser französische Junkspruch findet keine einfache Widerlegung durch den Hinweis auf die Tatsache, daß das U-Boot des verunglückten vortrefflichen Kommandanten unter neuer Führung weiter erfolgreich an der Arbeit ist.

### Seeperre und Versenkungen.

Stiffingen, 2. April. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß der belgische Dampfer „Scholdies“ (1241 Brutto-Registertonnen) torpediert wurde.

Amsterdam, 2. April. In der letzten Woche sind in Amsterdam sieben Dampfer angekommen gegen 18 Dampfer und einem Segelschiff in derselben Woche des Jahres 1916, ausgefahren sind 4 Dampfer gegen 17 Dampfer und 5 Segelschiffe 1916.

### Der Streik in Barrow.

London, 3. April. Die Regierung hat in Barrow durch Anschlag verkündet, daß sie auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes einschreiten werde, falls die Arbeit nicht innerhalb von 24 Stunden wieder aufgenommen wird.

London, 3. April. Neuzmeldung. Der Streik in Barrow ist beigelegt; die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen.

### In Spanien herrscht Ruhe.

Bern, 3. April. Eynorer Blätter melden aus Madrid, einer iltlichen Mitteilung zufolge herrsche in ganz Spanien Ruhe, der Eisenbahnverkehr sei regelmäßig. Graf Romanones habe erklärt, im Falle der Aufrechterhaltung der Ordnung würden die kürzlich verhafteten Arbeiter sämtlich wieder freigelassen werden.

### Sinaifront und Hedchas.

#### Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 2. April. Heeresbericht vom 2. April: An der Tigris- und der Dialafont sein meldenswerter Erfolg.

Sinaifront: Nach Beobachtungen unserer Flieger hat sich Feind mit seinen Hauptkräften bis nach Panonunus an der ehemaligen Grenze zurückgezogen.

Im Hedchas verlusten künftliche, die aus den Engländern verkauft haben und von ihnen bewaffnet worden sind, die Grenzabnahme nördlich von Medina zu zerstören, wurden aber unter Verlusten nach Westen zurückgedrängt. Der von den Aufständischen betrieblachte unbedeutende Schaden wurde sofort wieder ausgeglichen.

An der Kaukasusfront beiderseitige Tätigkeit von Aufklärungspatrouillen.

An den übrigen Fronten nichts Bemerkliches.

Der fliehende osmanische Oberbefehlshaber.

Englischer Bericht aus Mesopotamien: Wir haben am 31. März Tell Abbas, drei Tage Weiten nördlich von Mosul besetzt.

## Der Prozeß Kranz.

Nach der sensationellen Erklärung des Justizministers, daß er sein Amt in die Hände des Kaisers zurückgelegt habe, folgte seine Einkerkerung, die eine entschiedene Wendung zuungunsten der Angeklagten bedeutete. Danach legt der Sachverhalt so, daß dem Dr. Kranz vom Kriegsministerium ein Belobigungsbrief ausgestellt wurde, der dem Justizminister bereits nicht geheuerlich vorkam. Er griff aber in die Angelegenheit energisch ein, als ihm der Staatsanwalt von einem neuen Vertuschungsversuch von Beamten des Kriegsministeriums unter schänder Ausnutzung des Namens des Kriegsministers berichtete. Der Untersuchungsrichter erhielt nämlich eine offizielle Mitteilung des Kriegsministeriums über seine Schäfte mit Dr. Kranz, in welcher die Darstellung der Tatsachen mit den Rechtfertigungsgründen des Angeklagten so verwohen war, daß Dr. Kranz wesentlich entlastet wurde. Der Staatsanwalt übergab diese Note dem Justizminister mit den bezeichnenden Worten: „Hier hat schon wieder das Kriegsministerium ein Blaidoyer für Dr. Kranz abgegeben.“ Der Justizminister setzte sich daraufhin mit dem Finanzminister von Spitzmüller in Verbindung und fuhr mit ihm zum Kriegsminister, dem der Sachverhalt vorgetragen wurde. Darauf wurden die Venderungen in der Note des Kriegsministeriums an den Untersuchungsrichter vorgenommen, über die sich Rittermeister Lustig am Sonnabend so bitter beklagt hatte. Es ergibt sich also, daß Justiz- und Finanzminister von dem Bestreben geleitet waren, die Versuche zu vereiteln, die dahin zielten, das Kriegsministerium als Vertuschungsapparat zu gebrauchen. Die telegraphischen Berichte über das Verhör erlauben noch kein klares Urteil darüber, ob es sich bei der Note des Kriegsministeriums um ein Gutachten desselben handelt hat, das der Kriegsminister stets abändern konnte, oder um eine eigentliche Zeugnisauslage. Der Staatsanwalt erklärte dazu: „Die Korrektur der Note hat eine harmlose Deutung gefunden. Es ist vielleicht ein Formfehler gemacht worden, aber der Kriegsminister hat das Recht, auf irrtümlicher Grundlage abgefaßte Angaben abzuändern.“ In Wien wird auch bereits erklärt, daß die Demission des Justizministers nur ganz vorübergehender Natur gewesen und bloß für die Dauer der Verhandlung berechnet war; die Demission des Kriegsministers wird demittiert.

Mit besonderer Energie nahm sich der Staatsanwalt den Rittermeister Lustig vor. Schluf des Zeugenverhörs noch einmal vor:

Staatsanwalt: „Warum haben Sie Geschenke angenommen?“

Lustig (erregt): „Ich habe keine Geschenke angenommen, nur eine Zigarettenbox von Dr. Kranz, und habe mich ihm gegenüber mit Zigaretten im gleichen Werte revanchiert.“

Staatsanwalt: „Wie kamen Sie dazu, Dr. Kranz für eine neue Gefälligkeit in einem Briefe zu danken?“

Lustig (erregt): „Das war einmal eine Phrase, wie man einen Brief mit „Hochachtungsvoll“ unterzeichnet.“

Staatsanwalt: „Was hat Sie bewogen, Dr. Kranz von den Korrekturen der Note Kenntnis zu geben?“

Lustig (in höchster Erregung): „Der Staatsanwalt, ich muß ganz entschieden gegen diese Föhlung der Frage Verwahrung einlegen. Ich habe Dr. Kranz keine Kenntnis davon gegeben. Dr. Kranz und seine Verteidiger haben die Nachricht von anderer Seite erhalten, und eben deshalb, weil er von der Aenderung bereits wußte, habe ich vorgestern die ganze Sache zur Sprache gebracht.“

In seiner Anklagerede erklärte der Staatsanwalt, Dr. Kranz stelle den Typus des Kriegswaherers dar, der nicht besser als ein Einbrecher, ein Straßenräuber oder Landesverräter sei. „In einer Zeit, wo die hungernde Bevölkerung nach Brot schreit, hat Dr. Kranz einen Unternehmerrgewinn von eindreiviertel Millionen Kronen in drei Monaten erzielt. Das ist Kriegswucher, ärger als Straßenraub.“ Der Staatsanwalt verlangte, daß die Angeklagten die volle Schärfe des Gesetzes zu fühlen bekommen. Mittwoch wird das Urteil gesprochen.

## Politische Uebersicht.

### Aufforderung zum Eidbruch?

Konservative Blätter wie die „Deutsche Tageszeitung“ gefaßen sich fortgesetzt in auherer moralischer Entzistung über die Anregung, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen auf ähnlichem Wege zu beseitigen, wie es seinerzeit geschaffen worden ist, nämlich durch Auflosung eines anderen, in diesem Falle des Reichstagswahlrechts. Damit werde, schreiben sie, dem König von Preußen ein Eidbruch angeschlossen, nämlich der Bruch des von ihm auf die Verfassung geleisteten Eides.

Wir wollen hier ganz von der Frage absehen, ob der Weg einer Auflosung des Reichstagswahlrechts zweckmäßig ist, ebenso von der Frage, ob gerade die konservative Partei nach Geschichte und Tradition ein Recht hat, sich als Hüterin des Verfassungseides aufzuweisen. Hier soll nur konstatiert werden, daß zu der moralischen Entzistung der „Deutschen Tageszeitung“ usw. nicht der geringste Anlaß vorliegt. Denn wenn der König einen Eid auf die Verfassung geleistet hat, so hat er sich damit im Grunde nicht zur Einhaltung, sondern gerade zur Beseitigung des preuzischen Dreiklassenwahlrechts verpflichtet. Denn dieses ist bekanntlich im Widerspruch zur Verfassung eingeführt worden. Daß die Einführung des Dreiklassenwahlrechts seiner Zeit eine gelegentliche Grundlage hatte, wird selbst von konservativen Historikern nicht behauptet. Man weiß nur entschuldigend auf die lange Dauer seines tatsächlichen Bestehens hin. Aber für Verfassungsrechte bestehen keine Verjährungsvorschriften. Das Dreiklassenwahlrecht ist daher heute noch genau so ungeleglich, wie am ersten Tage seiner Einführung. Der auf die Verfassung geleistete Eid verpflichtet daher den Monarchen geradezu, diesem verfassungswidrigen Zustande ein Ende zu machen.

## Die Verurteilung auf die Feldgrauen.

Ein Kriegsteilnehmer und derzeitiger Kriegsinvalide schreibt uns:

Rechtstehende Blätter gefaßen sich in neuerer Zeit darin, die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht in Preußen dadurch zu diskreditieren, daß sie diese als ein Verlangen der „Heimkrieger“, der Tohmingeborenen in Redaktionen und Parteibureaus hinstellen, während die Feldgrauen drauhen angeblich für diese Frage gar kein Interesse hätten. Als Kriegsinvalide muß ich gegen derartige Unterstellungen auf das schärfste protestieren. Zunächst ist gerade nach meinen und auch anderer Kameraden Beobachtungen das Interesse im Felde an diesen Dingen sehr groß.

Aber dann — und das liegt mir am meisten am Herzen — soll man endlich mit der beleidigenden Unterstellung aufhören, als seien die, die hier zu Hause den politischen Kampf für gleiche Rechte aufnehmen, Heimkrieger und wüßten nichts von den Dingen drauhen. Versuchen sich doch nach fast drei Kriegsjahren wohl Chor mehrere Hunderttausend beeresentlassene Kriegsinvaliden dabei. Diesen Leuten, die ihr volles Opfer an Gesundheit und Schmerzen für Volk und Vaterland gebracht haben, wird man doch wohl erlauben, ein Wort über unsere inneren Angelegenheiten mitzureden. Wie viel Kriegsinvaliden sitzen aber nicht gerade heute auch in unseren Parteiredaktionen und Parteibureaus! Mir ist z. B. eine Partiredaktion bekannt (Grennig), von deren wenigen Mitgliedern vier ins Feld zogen. Drei von ihnen befinden sich heute als Kriegsverletzte, entlassene Invaliden drauheim und haben zum Teil sehr schwere Verwundungen davongetragen. Der vierte geriet — gleichfalls nach früherer schwerer Verwundung und zweijährigem Frontdienst — in englische Gefangenschaft. — Alle vier sind im Besitze von Kriegsauszeichnungen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Redaktionen und Parteibureaus, wovon ich mich anlässlich einer Zusammenkunft sozialdemokratischer Kriegsteilnehmer vor mehreren Monaten überzeugen konnte.

Vrauchen es sich diese Männer gefaßen zu lassen, wenn sie in den ihnen anvertrauten Organen den Ruf nach dem gleichen Wahlrecht für Preußen erheben, daß sie als Heimkrieger verpöttelet werden und dies oft genug von Leuten, die selber noch keine Angel haben pfeifen hören! Ich möchte einmal vorschlagen, eine Abstimmung unter den jetzt schon drauheim befindlichen Kriegsinvaliden über die Wahlrechtsfrage zu veranstalten: Die Herren, die meinen, daß wir Feldzugs-Teilnehmer kein Interesse am innerpolitischen Fortschritt hätten, würden vor Erstaunen über das Ergebnis Mund und Augen aufreißen.

## Eisernes Kreuz und Wahlrecht.

Ein Oberkonfistorialrat Dr. Rieders, der jetzt gleich vielen andern den Beruf zum Wahlrechtsreformator in sich spürt, veröffentlicht im roten „Tag“ Vorschläge, die einer gewissen Originalität nicht entbehren. Der Oberkonfistorialrat sieht das Unrecht ein, welches in der Klasseinteilung nach dem preuzischen Wahlrecht gerade gegenüber den Kriegsteilnehmern liegt. Er erwägt daher den Vorschlag, alle Kriegsteilnehmer in einer höheren Klasse wählen zu lassen. Aber offenbar fürchtet er doch die stark demotrasifizierenden Folgen eines solchen Schrittes; er gibt seinem Gerechtigkeitsgefühl einen kleinen Stoß und schreibt: „Dieser Vorschlag dürfte zu weit gehen, weil er zu große Äreie trifft.“ Deshalb will Herr Rieders die Beförderung in eine höhere Wählerklasse nur auf die Inhaber des eisernen Kreuzes ausdehnen. Man sieht die Absicht: dem Vorwurf, daß das Dreiklassenwahlrecht die Verdienste der Kriegsteilnehmer nicht im mindesten berücksichtige, soll die Spitze abgebrochen werden, aber in einer Weise, die an dem bisherigen Zustand möglichst wenig ändert. Darüber hinaus ist jedoch der ganze Gedanke völlig unsinnig. Selbst bei den gerechtesten Absichten der Vorgesetzten ist die Verleihung von Auszeichnungen im Felde von mancherlei Zufälligkeiten abhängig. Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen. Aber von derartigen Dingen politische Rechte abhängig machen zu wollen, darauf kann nur jemand verfallen, der von den wirklichen Verhältnissen im Felde keine Ahnung hat.

## Letzte Nachrichten.

### Bryans letzter Versuch.

New York, 29. März. (Junkspruch des Vertreters von W. L. V.; verspätet eingetroffen.) Associated Press meldet aus Miami (Florida): Bryan hat an den Senat und das Haus der Repräsentanten einen Appell gerichtet, in dem er darauf dringt, daß der Versuch gemacht werde, eine Aufhebung des rückwärtslofen deutschen U-Bootskrieges herbeizuführen durch Anwendung des sogenannten Bryanischen Friedensplanes, der die Untersuchung aller Streitigkeiten durch einen internationalen Gerichtshof vorsieht, ehe ein Krieg ausbricht. Bryan hat den Kongreß auch gebeten, die Wünsche des Volkes durch eine Volksabstimmung zu erforschen, falls der Kongreß zu dem Schlusse kommt, daß nur ein Krieg die nationale Ehre wahren kann.

### Die russische Regierung im Hauptquartier.

Bern, 3. April. Der Petersburger Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ drahet, daß die Zusammenkunft der provisorischen Regierung mit der Heeresoberleitung die Prüfung der mit dem Krieg zusammenhängenden internationalen Fragen, sowie besonders der neuen inneren Lage Rußlands bezwecke und von großer Wichtigkeit sei.

### Deutschland und die Schweiz.

Bern, 3. April. Meldung der Schweizerischen Depeschengentur. Gegenwärtig werden in Bern Verhandlungen zur Erneuerung des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens geführt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Wochen dauern, deutscherseits werden die Verhandlungen von den Mitgliedern der Handelsabteilung der euzischen Gesandtschaft geführt. Ihr Ergebnis wird erst nach dem Abschluß mitgeteilt werden.

### Das Alkoholverbot in Rußland.

Stockholm, 3. April. Laut „Dagens Nyheter“ hat der Petersburger Stadtrat die Mitteilung erhalten, daß man in diesen Tagen ein Gesetz erwarten könne, das das während des Krieges erlassene Alkoholverbot für dauernd erklärt. In Finnland hat der Senat am Sonnabend einen Ausschuf zur Beratung der wichtigsten Verbesserungsansprüche zur Verfassung eingesetzt.

### Die Blattern in Schweden.

Stockholm, 3. April. Eine Blatternepidemie verbreitet sich in Schweden, im Bezirke von Gävle. Bisher sind 78 Fälle festgestellt worden. Auch in Stockholm sind zwei Personen an Blattern erkrankt. Es handelt sich hierbei um Reisende, die in Gasthäusern wohnten.

# Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

## Eine Fabrikinspektion gegen niedrige Löhne und maßlose Leberzeitarbeit.

Die Freiburger Textilbetriebe bezahlten noch immer den Arbeiterinnen Stundenlöhne von 15 bis 20 Pf. Alle Anstrengungen der örtlichen Verbandsleitung des Textilarbeiterverbandes, hierin Wandel zu schaffen und auch die vielen Leberstunden zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer. Eine persönliche Rücksprache des Freiburger Oberbürgermeisters hatte gleichfalls keinen Erfolg. Nun legte sich auf Grund der badischen Fabrikinspektion ins Mittel; sie ließ der Firma eine nachdrückliche Mahnung zugehen. Die Fabrikinspektion sandte an die Firma eine Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„An der Unterleiderabteilung darf die gesamte Arbeitsdauer einer Woche 40 Stunden nicht übersteigen; an Personen, für die die Arbeitszeit im Betrieb auf 40 Stunden die Woche beschränkt ist, darf Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes nicht übertragen werden.“

Leberzeitarbeit können wir für diese Abteilung um so weniger befürworten, als bis heute unweiselich der uns überlieferten Lohnliste die Löhne außerordentlich gering sind und es dadurch auch verständlich ist, wie so gelernter Arbeitskräfte, die gerade im Schneidergewerbe in großer Zahl vorhanden sind, nicht zu erhalten sind. Solange nicht für Leberstunden eine mindestens 50prozentige Lohnerhöhung in Aussicht gestellt wird, müssen wir im Interesse der Arbeiterklasse die Verantwortung auf Leberarbeit abgeben.

Bezüglich der eingesandten Lohnliste bemerken wir, daß die ausbezahlten Zuschüsse mit den gesetzlichen Vorschriften nicht im Einklang stehen. Gemäß § 3 der Bekanntmachung vom 4. April 1916 sind Sie verpflichtet, den Arbeiterinnen einen Zuschlag von 10 Proz. zu ihrer Lohnsumme zu zahlen, es sei denn, daß für die Arbeitswoche (von 40 Stunden) das Reinfache des ortsbildlichen Tagelohns erreicht wird (für Arbeiterinnen über 21 Jahre 25,20 M., für Arbeiterinnen unter 21 Jahren 22,50 M.). Zeitlohnarbeitern darf der Lohn um nicht mehr als zwei Fünftel gegenüber dem Stand vom 1. Februar 1916 gekürzt werden, d. h. sie müssen in der Arbeitswoche von 40 Stunden mindestens vier Fünftel des Lohnes der vollen Arbeitswoche von 58 Stunden nach dem Stand vom 1. Februar 1916 erhalten. Wir ersuchen, die Löhne nachträglich zu berichtigen und uns von der erfolgten event. Nachzahlung in Kenntnis zu setzen.“

## Staatliche Anerkennung des Eisenbahnerverbandes.

Die königliche Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen hat im Schreiben vom 31. März dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Berlin mitgeteilt, daß ihre Bekanntmachung vom 22. August 1916 nunmehr zurückgenommen ist, wonach es nicht für statthaft erachtet wird, daß Beamten, die bei den sächsischen Staatseisenbahnen in dauernder Beschäftigung stehen, dem Deutschen Eisenbahnerverbande als Mitglieder angehören.

## Die Wahl zum Angestelltenausschuß bei Krupp.

Bei dieser Wahl stand eine Liste des Kruppischen Beamtenvereins der gemeinsamen Liste aller andern Angestelltenverbände (katholisch-launmännliche Vereine bis Bund der industriellen Beamten und Zentralverband der Handlungsgehilfen) gegenüber. Der Kruppische Beamtenverein wird von den Wirtschaftsfriedlichen als auf dem Boden ihrer Anschauung stehend angesehen. Die unabhängigen Angestelltenverbände erhielten 1872 Stimmen (5 Ausschußvertreter) und der Beamtenverein 1520 Stimmen (ebenfalls 5 Vertreter). Das Ergebnis ist für die Angestelltenverbände weit besser, als sie erwarten konnten.

## Berlin und Umgegend.

**Tarifkündigung für die Album-, Rappen- und Galanteriebranche.** Die im Buchbinderverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Album-, Rappen- und Galanteriebranche hatten am Freitag wieder eine Versammlung wegen der weiteren Ausgestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bekanntlich hatte eine frühere Versammlung die Branchenleitung beauftragt, der Fabrikantenvereinigung die Forderung einer mindestens 50prozentigen Teuerungszulage auf sämtliche in Friedenszeiten gezahlten Zeit- und Akkordlöhne zu unterbreiten. Das ist geschehen, und zwar mit der Bitte, daß die Unternehmer eine Entschädigung noch im Laufe des Monats März, spätestens bis zum 25. des Monats, herbeiführen möchten. Den Arbeitern und ihren Vertretern kam es auf eine so baldige Entscheidung unter anderem besonders auch deshalb an, weil der 31. März der Kündigungsfrist für den zum 1. Juli ablaufenden Tarif vom Jahre 1911 ist. Wie der Branchenleiter Sauer nun sehr berichtet, ist die Entscheidung der Fabrikantenvereinigung noch nicht ergangen. Zielmehr ist nach einem am 28. März eingelaufenen Schreiben die Forderung vom 13. März den Mitgliedern der Fabrikantenvereinigung erst in ihrer Versammlung vom 27. März unterbreitet worden, ohne daß eine Entscheidung erfolgt. Die Berliner Fabrikantenvereinigung hat sich nämlich zur Befolgung ihrer zentralen Grundzüge mit ihrer Zentrale in Offenbach in Verbindung gesetzt und glaubt, solange sie von dort keine Antwort hat, in lokale Verhandlungen nicht eintreten zu können. Allerdings bemerkt die Zuschrift der Fabrikanten, daß sie die Absicht hätten, die Angelegenheit möglichst zu fördern. Sauer verwies auf frühere Erfahrungen mit der Erledigung von Ansprüchen auf Teuerungszulagen. Nachdem im März des vorigen Jahres eine Teuerungszulage bewilligt worden war, hatte sich wegen der dauernden Steigerung der Preise aller Lebensmittel bereits im August eine neue Forderung notwendig gemacht. Die Angelegenheit zog sich dann einig hin, und erst im Januar des neuen Jahres traten die Fabrikanten mit einer zweiten Teuerungszulage hervor. Nach diesen Erfahrungen und im Hinblick auf den Kündigungsfrist des Tarifs hat die Branchenleitung wegen des aufstrebenden Preisniveaus der Berliner Fabrikantenvereinigung es für notwendig gehalten, neue Entschlüsse zu fassen. Für die einzig richtige Antwort hält sie es, den Tarifvertrag von 1911 zum Ablaufstermin, dem 1. Juli, am 31. März zu kündigen. Es ist damit nicht gesagt, daß man sich außerhalb eines Vertragsverhältnisses stellen will. Es bleibt ja ein neuer Vertragsabschluß innerhalb der Kündigungsfrist möglich und wahrscheinlich. Die Branchenleitung ist der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen die geforderte Zulage einer 50prozentigen Teuerungszulage auf die in Friedenszeiten gezahlten Zeit- und Akkordlöhne nicht mehr das ist, was unter allen Umständen zu vertreten sei. Sie ersucht die Versammlung, ihr für die in Aussicht stehenden Verhandlungen freie Hand zu lassen, selbstverständlich mit der Maßgabe, daß es sich bei dieser Vollmacht nur um ein Hinübergehen über die 50 Proz. handeln kann.

In der Diskussion wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wobei alle Redner von der Kündigung des Tarifs ausgingen. Der Hauptvorschlag war der, man solle für den neuen Tarifabschluß eine ordnungsmäßige Erhöhung der Tariffähigkeit um 50 Proz. herbeiführen und daneben noch die bisherigen Teuerungszulagen weiter bestehen zu lassen. Man betonte, daß bei den heutigen Verhältnissen für die Kollegen Stundenlöhne beziehungsweise Stundenverdienste von 1,20 M. bis 1,50 M. angemessen wären und im Verhältnis entsprechende Sätze für Arbeiterinnen.

Die Versammlung beschloß einstimmig die Tarifkündigung. Bestimmte Forderungen wurden nicht aufgestellt. Die Anträge aus der Versammlung werden aber bei den vorausgesetzlichen Verhandlungen mit den Fabrikanten energisch berücksichtigt werden. Das Verhandlungsergebnis wird einer neuen Versammlung unterbreitet, bei der endgültige Entscheidung überlassen bleibt.

## Die Lohnverhältnisse in den Färbereien und chemischen Waschanstalten.

In einer Sitzung des Verbandes der deutschen Färbereien und chemischen Waschanstalten e. V., die in Hamburg wurde von allen Mitgliedern Klage geführt über die rapide wachsenden Lohnforderungen der Arbeiter. Der hohe Verdienst in den Munitionsfabriken und Kriegslieferungsfabriken trage die Schuld daran.

Rapide wachsende Lohnforderungen? Dann müssen die Löhne wohl sehr niedrig gewesen sein. In der Tat. Die größte Färberei und chemische Waschanstalt Groß-Berlin verlangte vor einiger Zeit von den Berliner Arbeitern 20 Textilarbeiter im Alter von 14 bis 50 Jahren zu einem Stundenlohn von 20 bis 45 Pf.; dementsprechender höherer Akkordverdienst wurde in Aussicht gestellt. Der Facharbeitsnachweis für Textilarbeiter, Andreasstr. 17, vermittelte eine Arbeiterin, die 20 Jahre in der Branche tätig war. Dieser Arbeiterin wurde ein Stundenlohn von 22 Pf. geboten, das macht bei 60stündiger Arbeitszeit 13,20 M. Hierin sind 2 M. für Versicherungsbeiträge und Korbgeld in Abzug zu bringen. Verbleiben zur Lebensnotdurft, Miete usw. 11,20 M. Und das in der heutigen Zeit! Wenn die Besitzer der Färbereien solche Löhne zahlen würden, die den Zeitverhältnissen entsprächen, dann brauchten sie nicht zu klagen über rapide wachsende Lohnforderungen und auch nicht über dauernden Mangel an Arbeitskräften.

Die Maschinenarbeiter der Metallindustrie (Bohrer, Hobler, Stoher, Fräser usw.) haben — wie ihr Obmann in der Branchenversammlung am Sonntag in seinem Jahresbericht ausführte — ihre gewerkschaftliche Tätigkeit im vergangenen Jahre hauptsächlich auf eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne gerichtet. Dabei hat sich der Wert und die Bedeutung der Organisation gezeigt, denn in den Betrieben, in denen das Organisationsverhältnis ein gutes ist, gelang es, die Forderungen entweder ganz oder zum größten Teil zur Anerkennung zu bringen. In den Betrieben, in denen die Organisation weniger Einfluß hatte, machte es Schwierigkeiten, die Lohnhöhe einigermaßen mit den Teuerungsverhältnissen in Einklang zu bringen. In verschiedenen Betrieben mußten sogar Verschlechterungen der Löhne, die besonders den Arbeiterinnen gegenüber verurteilt wurden, abgewehrt werden. Auch der Kriegsausgleich der Metallindustrie wurde wegen Differenzen in der Lohnfrage öfter in Anspruch genommen. Anfangs konnten die Arbeiter dem Kriegsausgleich in dieser Hinsicht wenig Vertrauen entgegenbringen. Später hat sich aber gezeigt, daß seine Entscheidungen in Lohnfragen den Arbeitern gerecht werden. Die Löhne, die der Kriegsausgleich für angemessen hält, entsprechen im allgemeinen den Ansichten der Arbeiter. In einer Reihe von Betrieben konnten die Lohnaufbesserungen erst nach erfolgter Arbeitsniederlegung erlangt werden. Im allgemeinen belaufen sich zurzeit die Stundenlöhne für selbständig arbeitende Bohrer, Stoher, Fräser und Hobler auf 1,60—2 M., in besonderen Fällen bis 2,40 M. Die Arbeiter, die mit Einrichtern zusammen beschäftigt werden, bleiben hinter diesen Lohnsätzen erheblich zurück. Ihre Löhne bewegen sich zwischen 65 Pf. bis höchstens 1,50 M. Noch bedeutend schlechter sind die Arbeiterinnen gestellt. Sie werden mit 40 Pf. bis 1 M. entlohnt.

Zur Lebensmittellieferung nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution gegen die Herabsetzung der Provision an. Zur Begründung der Resolution führten mehrere Redner aus: Die Knappheit an Lebensmitteln mache natürlich einen sparsamen Verbrauch und eine Einschränkung der Konsumen notwendig. Es müsse aber verlangt werden, daß die vorhandenen Lebensmittel zu einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung kommen. Gerade in letzter Zeit habe sich gezeigt, daß es auf dem Lande noch Lebensmittelvorräte gebe, die aber nur den zugute kommen, die Zeit und Geld genug haben, um aus Land zu fahren und die Waren zu hohen Preisen zu erwerben. Der Schleichhandel mit Lebensmitteln blühe noch. Hier sei ein energisches Eingreifen der Behörden im Interesse der gerechten Verteilung notwendig.

## Parteinachrichten.

### Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns.

G. Im Künstlerhause zu Nürnberg tagte am 31. März und 1. April eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns, die von 102 Vertretern besucht war. Eingeladen waren die Vorsitzenden der Reichstagswahlkreisorganisationen, die drei Gewerkschaften, der Landesvorstand, die bayerischen Reichstagsabgeordneten, die bayerischen Landtagsabgeordneten, die bayerischen Parteisekretäre, die Geschäftsführer der Parteigeschäfte, von jeder Parteizeitung ein Redaktionsmitglied, je zwei Vertreter der Agitationskommission der Gewerkschaften für Süd- und Nordbayern und die Pfalz. Am zweiten Verhandlungstage erschienen noch Scheidemann vom Parteivorstand in Berlin und Reichstagsabgeordneter Dr. Siedel. In Vorständen mit gleichen Rechten wurden die Genossen Ad. Müller-München und Dorn-Nürnberg, zu Schriftführern die Genossen Treu-Nürnberg, Profit-Ludwigshafen und Rimmerfall-München bestimmt. Der Vorsitzende Müller verlas einen Brief des Genossen Bollmar, der lebhaft bedauert, daß ihm sein Gesundheitszustand nicht erlaubt, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der den für die Freiheit kämpfenden russischen Parteigenossen die tiefste Sympathie ausgedrückt wird.

Der Zweck der Konferenz war, Stellung zu Vorkommen in der bayerischen Parteioorganisation zu nehmen. Hierzu lagen am ersten Verhandlungstage zwei Resolutionen vor, eine von den Genossen Hofmann-Hof, Geher-Würzburg, Karsten-Wachhausen, Starz-Schwefurt, Blumentritt-Hof, Weisker-Hof, Steger-Wayreuth und Haack-Wayreuth, die von Hofmann ausdrücklich begründet und von den Mitunterzeichnern lebhaft vertreten wurde und in der dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß das Recht bestritten wird, auf dem Boden der Opposition stehende Parteigenossen und Organisationen als außerhalb der Partei stehend zu erklären, ferner gegen die im Aufruf des Parteivorstandes vom 20. Januar 1917 angefügten organisatorischen Maßnahmen gegen die Opposition entschiedene Verwahrung eingelegt und als einzige Möglichkeit, die Einheit der Partei wieder herzustellen, gefordert wird, daß der Parteivorstand seinen Aufruf vom 20. Januar 1917 zurückzieht und die getroffenen organisatorischen Maßnahmen für das ganze Reich wieder aufhebt. Weiter lag eine vermittelnde Resolution Ad. Braun-Nürnberg und ein gegen etwaige Versuche, Sonderorganisationen zu gründen, gerichteter Antrag Auer-München vor. Nach eingehender Besprechung dieser drei Vorlagen wurden die Verhandlungen auf Sonntagvormittag vertagt.

In der Zwischenzeit hatten die Antragsteller Auer und Ad. Braun ihre Anträge unter Mitwirkung der Genossen Ad. Müller-München, Simon-Nürnberg, Franz Schmitt-München, Treu-Nürnberg und Hans Vogel-Fürth zu einer gemeinsamen Kompromißresolution umgestaltet, die nun ebenfalls einer mehrstündigen Besprechung unterzogen wurde. Ein Passus in dieser Resolution, der verlangt, daß bei Versuchen gegen den vorläufigen Konferenzbeschuß, der alle Bestrebungen zur Errichtung von Sonderorganisationen auf das entschiedenste verurteilt, das Ausschlußverfahren auf Grund des Organisationsstatuts einzuleiten sei, fand den Widerspruch des Genossen Timm-München; er beantragte Streichung dieses Passus, sein Antrag wurde in namentlicher Ab-

stimmung mit 53 gegen 43 Stimmen angenommen. Die Resolution Hofmann-Hof wurde mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt, die Resolution Auer-Braun nach Streichung des von Timm beantragten Satzes in folgender Fassung mit 64 gegen 32 Stimmen angenommen:

„Die Meinungsverschiedenheiten über die Grundzüge und Taktik der Sozialdemokratie werden jetzt in einer überaus scharfen und dem Geiste unserer Partei widerstrebenden Weise ausgetragen, die ohne Beispiel ist in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.“

Die Landeskonferenz lehnt es ab, zu urteilen, ob eine der Gruppen allein oder ob allen ein, wenn auch verschiedener Grund der für die Lage der Partei zu tragenden Verantwortung zufällt.

Die Landeskonferenz sieht die Aufgabe der sozialdemokratischen Organisationen in der Zusammenfassung aller Kräfte der auf dem Boden des Sozialismus stehenden Arbeiterklasse, um die Macht der Arbeiterklasse in aller Stärke in Erscheinung treten zu lassen. Dies erscheint um so dringlicher, als in der Zeit des von uns allen gewünschten baldigen Friedensschlusses und in der sich daran anschließenden Periode intensiver gesetzgeberischer Arbeit bei der Erledigung folgenstrenger Steuerfragen, einschneidender Monopolprobleme, harter Konflikte mit den Unternehmern, vielfacher Erweiterungen über die versprochenen Neuorientierungen das Gewicht der Arbeiterklasse mit aller Macht in die politische Waagschale geworfen werden muß.

Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterklasse aufreiben, die Feinde der Arbeiterklasse werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisation, Arbeitergesetzgebung und politische Einrichtungen ihren Wünschen vollkommen anpassen. Das politische Gewicht der deutschen Sozialdemokratie leidet in einer Periode weltgeschichtlicher Entscheidungen auf das schwerste.

Die Sozialdemokratie in Bayern, die diesen Zustand und seine Weiterentwicklung auf das tiefste beklagt, wird alles daran setzen, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei in Bayern möglichst ungehindert zu erhalten.

Die Landeskonferenz sieht in der Verzeigerung der bayerischen Landesorganisation die Preisgabe zahlreicher wichtiger Positionen. Sie erhofft, daß eine in Bayern einzig bleibende Sozialdemokratie die beste Voraussetzung sein wird für den baldigen Zusammenschluß der deutschen Arbeiterklasse.

Deshalb verurteilt die Konferenz unter Hinweis auf den Beschluß der Konferenz vom 9. April 1916 auf das entschiedenste alle Bestrebungen zur Errichtung von Sonderorganisationen.

Bei aller Aufrechterhaltung einer unerbittlichen Disziplin soll nach wie vor in voller Sachlichkeit und gegenseitiger Tatkraft der Austausch der Meinungen über grundsätzliche und taktische Fragen innerhalb unserer Organisation erfolgen. Immer mit dem ausschließlichen Ziele, alle geistige und organisatorische Kraft in den Dienst der Überwindung der Schreden und Folgen dieses Krieges und der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten zu stellen.

Die Konferenz erwartet von allen Parteigenossen, daß sie im Sinne dieser Entschlüsse mit aller Hingabe und allem Ernste in ihren Organisationen wie in der Parteipresse wirken werden.“

Nach einem zur Einheit und Geschlossenheit ermahnenden Schlusswort des Vorsitzenden Ad. Müller wurde die Konferenz geschlossen.

Die Düsseldorfener Parteioorganisation für die Parteispaltung. In einer von etwa 300 Personen besuchten außerordentlichen Generalversammlung wurde am Sonntag von den Düsseldorfener Genossen gegen 41 Stimmen beschlossen, die Oppositionskonferenz in Gotha zu beschicken. Auf Vorhalt der auf dem Standpunkt der Parteieinheit stehenden Redner, daß man mit der Bekämpfung der Konferenz die Trennung von der Partei vollziehe, erklärten die meisten Redner der Minderheit, das wisse man. Eine Trennung sei nötig; sie sei bedingt durch das Verhalten der Reichstagsfraktion und der Parteiführer.

Nach einer abgewiesenen Klage der Opposition. Das Beispiel der Berliner Opposition, innere Parteistreitigkeiten vor dem Rabi auszutragen, hat anstehend gewirkt. Auch die Königsberger Opposition hat eine Klage angehängt, die sowohl das Landesgericht wie das Oberlandesgericht beschäftigt hat, weil sie von der Entlassung auf die Haltung des Königsberger Parteiblattes ausgeht, worden ist. In beiden Instanzen sind die Klagen abgewiesen worden, und zwar wurde festgestellt, daß das Verlangen der klagenden Prekominmission sowie die Firmenträger und ein Mitglied des Parteivorstandes aus den Rängen des „Volksfreundes“ herausdrängen. Auf diesen „moralischen“ Sieg ist die „Leipziger Volkszeitung“ ungemein stolz und betont besonders schamlos, daß die so ungemein friedensfreundlichen Spartakusmänner vor rohen körperlichen Mißhandlungen keineswegs zurückschreckten. Bemerkenswert ist, daß das Sekretariat, welches den Herren von der starken Faust nicht fügen wollte und die Arbeit einstellte, von diesen kurzerhand entlassen wurde. Die Herren, die sich so gerne über Gewaltstreiche erheben, sind also selber keineswegs zartbesaitet und scheuen sich nicht, wenn es in ihrem Interesse ist, gegenüber streikenden Arbeitern die Methoden des brutalen Scharfmachertums anzuwenden.

## Eingegangene Druckschriften.

- Arbeiter-Jugend. Die sieben erschienenen Nr. 7 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Bobin jehden, die Schulenklassen Arbeiterkinder? — Die Heiligkeit der menschlichen Vorgeschichte. Von G. Angelberg Graf. (Schluß). — Die Landbesitzerkämpfer. Von Fritz Müller. — Wie eine Landkarte gezeichnet wird. Von Hans Sobel. (Mit Abbildungen). — Berufswohl und Berufsberatung. Von Dr. A. R. — Sturmlied. Von Arthur Hüger. — Frau Walter und der liebe Gott. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage.
- Körners Werke. I. und II. Band, geb. 4,80 M. Bibliographisches Institut, Leipzig.
- Der pädagogische Impressionismus. Von Julius Maria Becker. 1 M. Verlag Paul Neuberger, Wachenburg.
- Hlemmings Kriegs-Weltkarte. 1 M. Karl Hlemming, Verlag Berlin.
- Bauwirtschaft, Realcredit und Mieten in und nach dem Kriege. Von Dr. Ing. Martin Wagner. 1,80 M. — Kriegswirtschaft und Lebensmittellieferung im In- und Ausland. Von Dr. Michael Gortel. 2,60 M. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart.
- Natur und Kultur. Von Bruno Rebellin. Brosch. 2 M. Verlagbuchhandlung Gebr. Born, Berlin.
- Das Landhaus. Heft 1 bis 3. Herausgegeben von Toni Schwabe. Vierteljahrspreis 1,50 M. Landhausverlag, Jena.
- Blattliche Jungs in'n Krieg. Von Gorch Fock und anderen. 60 Pf. Quikborn-Verlag, Hamburg.
- Organisation. Von Otto v. d. Pfordten. 1,20 M. Verlag Karl Winter, Heidelberg.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reichlin; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Dieses 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Kriegsbeschädigte!

In einigen Tagen sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollen in den Dörfern auf einem nach Ehen berufenen Honorar zu einem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ zusammengefasst werden.

Unter Aufsicht aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten;

intensive Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten namentlich in der Berufsberatung;

in Verbindung mit allen möglichen Stellen und Ämtern Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reich organisiert, wenn auch die reichsrechtliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 28. August 1916 in Köln a. Rh. befohlen wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Teilen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein müßte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einsparreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetrennt sind und den Kampf und Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerten Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen

Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf und Brot und Daseinsfrieden wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die im Arbeitsverhältnis zurückgebliebenen Kriegsbeschädigten beschritten.

Nur dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbsttätigen Anteil an ihr haben. Dazu bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Leidenden würde nur niederdrückend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies u. a. deren Arbeitersekretariate und sonstigen Rechtschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Wird dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Verwehren. Vielmehr haben die unterzeichneten Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigten gemeinsam Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitsentkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird aus dem Vorstehenden hervorgeht, daß der „Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ dessen Sympathie zeige. Das ist durchaus ungenügend. Weder der Reichsausschuss noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle steht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade um, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationsmaßnahmen auch dienen können, erscheint uns den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

Berlin, den 3. April 1917.  
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
C. Legien.  
Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.  
H. Stegerwald.  
Verband der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.).  
G. H. Hartmann.  
Polnische Gewerkschaften.  
R. Meyer.  
Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.  
E. Aufhäuser.  
Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.  
Dr. Bölle.

Was wird nach dem 15. April?  
Sorgt für warmes Abendbrot!

Die jedermann weiß, wird die Brotration am 15. April herabgesetzt. Als Ersatz sollen Kartoffeln, Fleisch und andere Nahrungsmittel abgegeben werden. Da fragt sich, wie wird der Konsument, wie wird besonders der Arbeiter dabei fahren?

Betrachtet man die Sache oberflächlich, so könnte es scheinen, als ob die Nachtseite nicht allzu groß seien. Denn warum soll man seinen Hunger nicht ebenso gut durch ein Fleisch- oder Graupengericht stillen können wie durch Brot? Anders wird die Antwort, wenn wir diese Ersatzmittel vom Standpunkt der Zubereitung betrachten. Brot bekommt man immer fix und fertig zum Essen, Fleisch nur in der Gestalt von Wurst und Schabefleisch. In anderer Gestalt muß es erst gekocht werden. Kartoffeln, Nudeln, Graupen, Grütze, Haferpräparate, sie alle können nur gegessen werden, nachdem sie gekocht worden sind. Für weite Bevölkerungskreise bedeutet das eine ernste Verlegenheit.

Vor allem kommen die Unverheirateten in Frage, die nicht bei den Eltern oder Verwandten, sondern bei Fremden „möbliert“ wohnen. Wie wenige von ihnen können sich ein Fleischgericht zurecht machen, wie viele sind auf die Wirtskette angewiesen, selbst wenn sie einmal eine Tasse Kaffee trinken wollen! Auch die Wirtskette geben sich oft nicht damit ab, für ihren Schlafbuschen, für ihr Schlafmädchen warmes Essen zu kochen. Nicht besser sind die Ledigen gestellt, die eine leere Stube gemietet haben. Denn wie viele Stuben gibt es, die kein Kochgas haben! Aber selbst diejenigen, die die Einrichtungen zum Kochen haben, sind damit doch noch nicht über die Schwierigkeiten hinweg. Wie oft laufen sie vergebens nach Spiritus! Wie häufig kommt es vor, daß sie keine Kohlen bekommen! Was hilft ihnen da die schönste Kochgelegenheit, wenn es ihnen an Feuerungsmaterial fehlt?

Dann die Putzboten. Nicht alle Nahrungsmittel stellen so wenig Ansprüche wie die Kartoffel, die bloß einen kleinen Zusatz von Salz verlangt. Wer aber wüßte nicht, wie knapp heute jene Putzboten sind.

Nach schwerer wird das alles für die Arbeiterin, die Familie hat und arbeiten geht. Wie oft wird es vorkommen, daß sich eine Arbeiterin beim besten Willen nichts mehr einkaufen kann, weil die Läden schon geschlossen sind. Als die alte Brotration noch galt, schnitt man sich einfach ein paar Stullen ab. Jetzt aber verbraucht man kein Brot zum ersten und zum zweiten Frühstück. Was bleibt nun zum Abendbrot?

Wir sehen also, daß der neue Ernährungsplan für weite Kreise der Bevölkerung große Unbequemlichkeiten mit sich bringt. Wie können wir ihnen helfen und ihnen diese Last abnehmen? Dadurch, daß wir mehr für warmes Abendbrot sorgen! Gerade für Abendbrot wird aber im Vergleich zum Mittagessen in Berlin sehr wenig getan. Gelegentlich zum Mittagessen bietet sich hier genügend. Hinsichtlich des Abendbrotessens aber scheiden zunächst die Kommunen ganz aus. Man muß in Vereine oder ins Restaurant gehen, wo man teuer bezahlt und oft wenig dafür bekommt.

Daß aber ein Bedürfnis, ein großes Bedürfnis nach billigen Abendbrotessen schon heute vorliegt, das beweist der Besuch solcher Anstalten, die meistens überfüllt sind. Und das unter dem Zeichen des 1900-Gramm-Brotessens! Wie soll es erst werden, wenn diese Nation noch vermehrt wird und wenn all die vielen, Unzähligen auf warmes Essen angewiesen sind, die jetzt noch ihre Stullen zum Abendbrot essen können? Wenn schon jetzt der Andrang sehr groß ist, wieviel mehr wird er dann wachsen? Kurz, es laßt in der Versorgung der städtischen Bevölkerung eine große Lücke.

Deßhalb ist es nötig, daß hier die Stadt in die Presse springt, ebenso, wie bei der Versorgung der Bevölkerung mit warmem Mittagessen. Und warum sollte ihr das unmöglich sein? Hat sie doch schon die Einrichtungen dazu, die Küchen, die Kessel in ihren Speiseräumen. Und warum sollte sie nicht neben dem Mittagessen auch die Versorgung mit Abendbrot bewältigen, wenn dies einem privaten Unternehmen wie der Mittelstands- und Bürgerliche möglich ist? Diese Versorgung darf sich nicht nur auf die Wochentage erstrecken. Nein, sie muß auch am Sonntagabend stattfinden. Denn gerade am Sonntagabend ist der Großstädter am schlechtesten gestellt. Selbst Bürgerliche, selbst Mittelständliche haben da ihre Porten geschlossen und nur das große Restaurant mit den teuren Preisen ist geöffnet. Unter diesen Umständen ist der ärmere Teil der Bevölkerung ganz auf das letzte Stückchen Brot angewiesen. Das soll er dann machen, wenn ihm das Brot noch weiter beschränkt wird?

Es ist Pflicht der Kommunen, hier Hand anzulegen. Ihre Aufgaben sind gewaltig und werden immer größer. Aber sie müssen gelöst werden, wenn das Schwere, das die Bevölkerung ertragen hat, immer noch erträglich gemacht werden soll!

Groß-Berlin

Die billige Fleischzulage.

Keine Günstigkeit der städtischen Fleischkarte in Gasthäusern und Volkshäusern. — Kundenlisten auch für Alleinwohnende.

Die Beratungen des Arbeitsausschusses der Groß-Berliner Gemeinden über die Durchführung der billigen Fleischzulage von wöchentlich 250 Gramm sind beendet, so daß die übereinstimmenden Beschlüsse der Groß-Berliner Stadt- und Landräte morgen und in den nächsten Tagen veröffentlicht werden können. Die ursprüngliche Absicht, den für diese allgemeine Fleischzulage bestimmten besonderen städtischen und (in den Landkreisen Teltow und Niederbarnim) Kreisfleischarten auch zum Verzehr in den Gastwirtschaften Preisgünstigkeit zu geben, hat sich wegen der Unmöglichkeit der Kontrolle in bezug auf den Preis nicht durchführen lassen. Die billige Fleischzulage wird also nur in Form von Frischfleisch oder Wurst gewährt, und um diese zu erlangen, müssen sich auch Junggeheilen und Alleinwohnende, die ihr Fleisch bisher ausschließlich in Gast- und Speisewirtschaften verzehrt haben, in die Fleischkundenliste eintragen lassen. In der von dem Arbeitsausschuss der Groß-Berliner Kommunalverbände angenommenen Verordnung über die Ausgabe einer Fleischzulage zu verbilligtem Preise wird u. a. folgendes bestimmt:

Zum Ausgleich der verkürzten Brotration werden vom 15. April ab für alle Verbraucher 250 Gramm, für Kinder bis zu 6 Jahren 125 Gramm als Fleischzulage und zwar zu verbilligtem Preise gewährt. Diese Zulage darf nur gegen eine besondere Fleischkarte (städtische oder Kreisfleischkarte) abgegeben werden. Jeder Besitzer einer Kreisfleischkarte erhält für je 4 Wochen einen vom Magistrat oder der Kreisverwaltung angefertigte besondere Fleischkarte. Diese besondere Fleischkarte besteht aus einer Stempelkarte mit Abzählkarten, die Wurstkarte enthält 20 Abzählkarten, je 5 für eine Woche; die Kinderkarte enthält 4 Abzählkarten, je einen für eine Woche. Wer bereits in ein Kundenverzeichnis eingetragen ist, braucht für die Fleischzulage nicht noch besonders eingetragen zu werden. Der Fleischer ist verpflichtet, jedem eingetragenen Kunden zunächst auf Grund der städtischen oder Kreisfleischkarte das verbilligte Fleisch zu verabfolgen. Verlangt der Kunde außerdem noch Abgabe von Fleisch auf Grund der Kreisfleischkarte, so hat dies nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte zu geschehen. Reinesfalls darf die Abgabe auf Kreisfleischkarte an die einzelnen Kunden vor der Abgabe auf die städtische oder Kreisfleischkarte stattfinden. Wer bisher in eine Fleischkundenliste nicht eingetragen war, hat sich, um in den Genuß der Zulage zu gelangen, gleichfalls bei einem Fleischer und zwar in einem Nachtrag zu dessen Kundenverzeichnis eintragen

zu lassen. In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw., ebenso in gemeinnützigen Speiseanstalten, also auch in Volkshäusern, Mittelstandshäusern, Kantinen usw., haben städtische und Kreisfleischkarten keine Gültigkeit. Die Abgabe und Entnahme von Fleisch gegen diese besonderen Karten ist dort ausdrücklich verboten.

Die niedrigen Preise für die Fleischzulage

werden in einer besonderen Verordnung der beteiligten Kommunalverbände einheitlich festgesetzt und zwar nach Abzug des Reichs- und Staatszuschusses von 70 Pf. und des kommunalen Zuschusses von 10 Pf., zusammen also von 80 Pf. vom gewöhnlichen Kleinhandels- bis zum Großhandel. Die Einführung eines niedrigen Einheitspreises für alle Fleischsorten hat sich für Groß-Berlin nicht als empfehlenswert erwiesen. Es kosten zum Beispiel: 250 Gramm Rindfleisch 90 Pf., Rindfleisch 60 Pf., Schmalz ohne Knochen 65 Pf., Schwanz 10 Pf., Weizensack 40 Pf.; Schweinefleisch 45 Pf., Rindfleisch 40 Pf., frisches Schinken mit Hinterbein 20 Pf., Rippelsteck 25 Pf., Bauch, Blatt, Wade, Junge, Dindeln, Speigeln und Kopf ohne Wade 10 Pf. — Ferner hat es sich als nötig erwiesen, den Höchstpreis für 1 Pfund Rinderfleisch auf 25 Pf. festzusetzen.

Der künftige Brotpreis.

Wie wir hören, hat die vom Siebenerausschuss der Groß-Berliner Gemeinden eingesetzte Kommission zur Festsetzung der neuen Brotpreise in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, die Brotpreise für Groß-Berlin wie folgt festzusetzen:

- 62 Pf. für das 1600-Gramm-Roggenbrot, 68 Pf. für das 1600-Gramm-Weizenbrot.

Die bisherigen Brotpreise beliefen sich auf: 80 Pf. für das 1900-Gramm-Roggenbrot, 86 Pf. für das 1900-Gramm-Weizenbrot. Der neue Brotpreis ist nach unten abgerundet, er bedeutet gegen den früheren auch im Verhältnis eine Verbilligung.

Zum Aufstieg begabter Volksschüler.

Die Stadt Berlin will, um begabten Kindern den Weg aus der Volksschule in die höhere Schule zu erleichtern, besondere Schulen schaffen. Jetzt wurde im „Vorwärts“ am 11. November vorigen Jahres auf diese Absicht hingewiesen, nachdem Stadtschulrat Neumann die leitenden Gedanken in einer Sitzung der Gemeindevorstände vorgetragen hatte. Inzwischen haben die Beratungen im Magistrat dem Plan feste Gestalt gegeben, so daß er in absehbarer Zeit den Stadtverordneten vorgelegt werden kann.

Es muß möglich sein, daß begabte Schüler, wenn sie sieben Jahresalter der Gemeindevorstände hinter sich haben, noch als Dreizehnjährige sich einer Realschule, einem Realgymnasium oder einem Gymnasium zuwenden können. Für sie soll eine verkürzte Realschule eingerichtet werden, die nach einem besonderen Lehrplan in drei Jahren den Schülern die für Gewerbe, Handel und Industrie erforderliche Schulbildung gibt. Die aus dieser neuartigen Realschule nach Erlangung der Reife abgehenden Dreizehnjährigen können entweder in eine Lehre einreten oder in eine Oberrealschule übergeben, um dort nach weiteren drei Jahren das Abiturientenexamen zu machen. Auch der Weg zum Realgymnasium soll begabten Dreizehnjährigen der Gemeindevorstände nach freieschulen, der Eintritt in ein für sie einrichtendes verkürztes Realgymnasium, das an die siebenjährige Gemeindevorstände anknüpft und in sechs Jahren zum Abiturientenexamen führt. Nach zwei Jahren des Realgymnasiums zweigt sich von ihm ein Gymnasialkursus ab, der in vier Jahren das Ziel des humanistischen Gymnasiums erreicht und mit dem Abiturientenexamen endet. Für jede dieser drei Arten höherer Schulen wird die siebenjährige Gemeindevorstände als Grundlage und Vorbildungsstätte dienen. In ihnen wird, um auch mittellose begabten den Aufstieg zu ermöglichen, die Freistellungszahl nicht begrenzt sein und unentgeltliche Lernmittelgewährung bestehen. Auch können Bedürftige nach einjährigem Besuch der höheren Schule mit einem Stipendium von jährlich 300 M. unterstützt werden, das für ihren Lebensunterhalt bestimmt ist.

Der hier entwickelte Plan bedeutet einen Anfang, doch mehr nicht. Selbst mit dem Stipendium von 300 M. wird noch lange nicht allen mittellosen Begabten die Bahn freigemacht, denn dieser Betrag kann zur Deduktion des Lebensunterhalts bei einem bis 10 Jahre alt werdenden Schüler nicht ausreichen. Da wären noch Zuschüsse von den Angehörigen nötig, aber mancher Sohn armer Eltern, der als Vierzehnjähriger in eine Lehre gegeben wurde, muß ja schon als Siebzehnjähriger oder Achtzehnjähriger selber eine Stütze für die Familie sein. Stadtschulrat Neumann glaubte in jener Sitzung auch sagen zu dürfen, daß mit diesen neuartigen Schulen ein Stück „Einheitschule“ gegeben werden. Ach nein, so einfach läßt die Herbeiführung der Einheitschule sich denn doch nicht abtun.

Volksspeisungslagen.

Kein Tag ohne Volksspeisung über die Berliner Volksspeisung! Da schreibt z. B. wieder eine Leserin unseres Blattes, daß sie bei ihrer Speiseausgabenliste oft übermäßig lange zu warten habe, manchmal nach Stundenlanger Geduldprobe noch an eine andere Ausgabe stelle verwiesen wurde und gelegentlich sogar ohne Essen nach Hause gehen mußte. Am letzten Freitag, wo sie das verabschiedete Mittagessen als ein Gemisch aus Nudeln und Grütze kochte, wollte man ihr die Beigabe von Schabefleisch vorenthalten, obwohl für die Portion der volle Preis von 40 Pfennig beansprucht wurde. Andere Essenshelferinnen haben sich über die Verschwendung des Fleisches sehr abfällig geäußert, und es scheint, daß aus diesem Grunde die Leitung der Ausgabe stelle sich entschloß, die bemängelte Fleischbeigabe nicht weiter zu verteilen. Daß man dessen ungeachtet von dem gezahlten Preise nichts vergüten wollte, sondern die Frau auf dem Weg einer Beschwerde an den Magistrat verwies, ist ein starkes Stück. Wahrscheinlich wäre es bei dieser Verigerung verblieben, wenn sich nicht schließlich doch noch anderes Fleisch hätte heranschaffen lassen, so daß man die Frau befriedigen konnte. Weist denn nicht für die Speiseausgabenstellen die Vorschrift, daß bei nicht voller Lieferung der den Speisungsteilnehmern zuzumessenden Portion der Preis zu ermäßigen ist? Das würde man bei jedem Gewerbetreibenden für selbstverständlich halten.

Vägerei „und“ Konditorei.

Den Kundenverkauf über die Straße verweigern jetzt auch solche Vädereien, die nach der Ankündigung ihrer Geschäftsbilder „auch“ einen Konditorei mit Gastzimmer unterhalten, selbst wenn der Verkauf von Konditorwaren über die Straße sehr erheblich war. Sie behaupten, daß sich die Bestimmung des Abgabenerlasses, Kunden müsse zur Straßervermeidung über die Straße verkauft werden, nur auf solche Konditoreien beziehe, die nebendbei kein Brot backen. Derselbe geben vor, daß sie die Konditorwaren nicht selbständig herstellen, sondern zum Weiterverkauf erst von Konditoren beziehen. Mit allen solchen Ausreden, die doch nur darauf hinauslaufen, das Publikum zum Bezahlen des teuren sogenannten Kaffees in den Gastzimmern zu zwingen, kann sehr leicht das gänzlich Kundenverkauf erzwingen werden, das wir schon längst gefordert haben.

Schutz vor Nachteilen bei der Urgefallenversicherung.

Wer eine versicherungspflichtige Versicherung aufgibt, hat die Versicherung, um die erworbenen Ansprüche nicht verfallen zu lassen, freiwillige Beiträge zu zahlen. Es müssen jedoch in jedem Kalenderjahre insgesamt mindestens acht Beiträge nachgewiesen sein. Sollte

stehend ermone, in deren Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit vorliegt oder Pensionsdienst getan wird, sind versicherungsfrei. Der Versicherte muß sich jedoch nicht für den ersten Fall eine Versicherung seines Besitzverwalters beschaffen, während als Ausweis für den Pensionsdienst der Militärpaß dient.

Werden diese 8 Monatsbeiträge bis zum Schluß des Jahres nicht gezahlt oder durch die einrückenden Ertragslosen nachgewiesen, so ist der Anspruch verfallen. Er lebt indessen wieder auf, wenn im darauffolgenden Kalenderjahre die Beiträge nachgezahlt werden. Wer also jetzt für das Jahr 1916 noch nicht 8 Monatsbeiträge nachzuweisen vermag, kann die fehlende Zahl bis zum Schluß des Jahres 1917 nachzahlen. Ist er auch dazu außerstande, so bietet das Gesetz die weitere Möglichkeit, durch einen einfachen an das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstraße 193/195, zu richtenden Antrag auf Einstellung der Nachzahlung für günstigere Zeit auszuweichen und zunächst die Anwartschaft bestehen zu lassen.

Von einer dieser zur Aufrechterhaltung des Anspruches gegebenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, ist um so dringlicher notwendig, als der einmal endgültig verfallene Anspruch — im Gegensatz zur Invalidenversicherung — in keinem Fall wieder aufleben kann. Wir empfehlen alle diesigen Versicherten und sonstige Interessenten, die der Auskunft und des Rates bedürfen, an die Geschäftsstelle des Berliner Ortsausschusses der Vertrauensmänner, W 85, Flottwellstr. 41, Zimmer 5; Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend von 1—3 Uhr.

### Aus der Berliner Selbstmordstatistik.

Die Selbstmorde waren in Berlin, wenn man die behördlichen Ermittlungen gelten lassen will, im Jahre 1916 noch weniger zahlreich als in dem schon durch eine ungewöhnlich niedrigen Selbstmordzahl sich auszeichnenden Jahr 1915. In den fünf Jahren 1910 bis 1914 gelangten 676, 726, 791, 808, 778 Selbstmorde zur Kenntnis der Behörden, dagegen wurden in 1915 nur 589 und in 1916 nur 564 gezählt. Daß nicht alle vorgekommenen Selbstmorde als solche gemeldet werden und daher die amtliche Selbstmordstatistik stets unvollständig ist, können wir als sicher ansehen. Die Untersuchung der ermittelten Selbstmorde nach dem Geschlecht der Selbstmörder ergibt, daß von 1914 zu 1915 und 1916 die Selbstmorde männlicher Personen sich von 550 auf 527 und 296 minderten, aber die Selbstmorde weiblicher Personen sich von 228 auf 261 und 268 mehrten. Während bei den Männern die Selbstmordminderung zum großen Teil auf die beträchtliche Verringerung der männlichen Bevölkerung zurückzuführen ist, muß zweifelhaft scheinen, ob die geringe Verringerung der weiblichen Bevölkerung zur Erklärung der Selbstmordminderung bei den Frauen ausreicht. Die Verringerung nach Altersgruppen zeigt, daß in den drei Jahren das männliche Geschlecht auch in höheren Lebensaltern eine Verringerung der Selbstmorde hatte. Die Verringerung der Selbstmorde beim weiblichen Geschlecht tritt besonders in den Altersgruppen der 20- bis 39-Jährigen und der 40- bis 49-Jährigen hervor. In 1916 endeten durch Selbstmord 2 Knaben und 1 Mädchen unter 15 Jahren, 31 männliche und 25 weibliche Personen von 15-20 Jahren, 29 und 73 von 20-30 Jahren, 36 und 56 von 30-40 Jahren, 52 und 30 von 40-50 Jahren, 63 und 38 von 50-60 Jahren, 54 und 25 von 60 bis 70 Jahren, 24 und 16 von 70-80 Jahren, 5 und 4 von mehr als 80 Jahren.

**Bestandnahme von Web-, Woll- und Strickwaren vom 26. März.** Da die Reichsbestellungsstelle den Einzelnen keine Aufnahmeformulare zugefandt hat, so besteht die Gefahr, daß die rechtzeitige Abfertigung der Tabellen bis zum 6. April verabsäumt wird. Um dieser Gefahr zu begegnen, hat der Schugverband der Detailhändler und Gewerbetreibenden des Groß-Berlin an nachstehenden Geschäften Aufnahmeformulare zur unentgeltlichen Entnahme ausgelegt: Bei: R. Guttmann, Lauenhagenstr. 18a, Oskar Karoth, Charlottenburg, Schilderstr. 77, Siegfried Radtke, Koobitz, Wilsnacker Str. 16, Karl Becker, Berlin, Alte Jakobstr. 100, S. Adam, Neudöber, Hermannstr. 50, Lesche u. Clupack, Schönhauser Allee 70, Karl Schneider, Dransenstr. 169, Bilewski, Reinholdsdorfer Str. 18, Nachmann, Wälderstr. 13a, Leo Voh, Friedenau, Lauterstr. 12/13, Siegmund Eisenstadt, Schöneberg, Hauptstr. 154.

**Bezugsheine für Kleidungsstücke.** Man schreibt uns: Auf Grund der von der Bestellungsstelle veröffentlichten Richtlinien für Erteilung von Bezugsheinen wird vielfach die Auffassung vertreten, daß die Berliner Bevölkerung nunmehr mit einer erheblichen Erschwerung in der Verabreichung mit bezugsheimpflichtigen Kleidungsstücken zu rechnen habe. Dies ist für Groß-Berlin keineswegs der Fall. Im wesentlichen entsprechen die neuen Vorschriften der in den Groß-Berliner Gemeinden bisher schon geltenden Praxis. Die zahlenmäßige Festlegung von Durchschnittsvorräten war nötig, um eine möglichst einheitliche Lieferung im ganzen Reich zu erzielen. In begründeten Ausnahmefällen kann nach wie vor von den für den Regelfall geltenden Vorschriften abgewichen werden.

**Gültigkeit der Bezugsheine.** In den Kreisen des Einzelhandels scheint, wie uns der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V. mitteilt, über die Gültigkeit der vor dem 1. März 1917 ausgefertigten Bezugsheine keine einheitliche Ansicht zu herrschen. Es sei darum ausdrücklich festgestellt, daß auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbestellungsstelle vom 15. März d. J. alle Bezugsheine, die vor dem 1. März ausgestellt worden sind, mit Ablauf des 31. März ihre Gültigkeit verloren haben. Nur die im Monat März 1917 zur Ausfertigung gelangten Bezugsheine bleiben bis zum 30. April in Kraft.

**Verdorbene Konserven.** Zur demnächst bevorstehenden Freigabe der Gemüsekonserven wird und geübt: Rohfleisch am Metallmantel wird wohl zu verdorben als Zeichen, daß die Ware ebenfalls gelitten hat; aber auch blanke Konservenbüchsen können einen trügerischen Inhalt bergen, der für den Gebrauch nicht mehr empfehlenswert ist, was man durch Schütteln der Konservenbüchsen feststellen kann. Das im Innern entsetzliche Geräusch deutet auf nicht luftdichte Füllung, wodurch die Ware sauer wird. Ganz zu verwerfen sind längere Zeit lagernde Konserven in Schwefelblei, weil die Gemüsesalze eine Verbindung mit den schwefelhaltigen Eisensalzen des Metalls eingehen, wodurch das eingelagerte Gemüse ungenießbar wird.

**Rachimpfungen zum Schutze gegen die Pocken.** Der Berliner Polizeipräsident hat in einer Verfügung vom 26. März auf Grund mehrfacher Feststellungen, wonach bei den derzeitigen Schugimpfungen das erstmalige Einsetzen einer Rachimpfung aber zur Entzündung guter Pusteln führte, den Berliner Groß-Berlin anheimgegeben, in geeigneten Fällen auf eine nochmalige Impfung zu dringen, damit der allseitig gewünschte Schutz gegen Pockenansiedlung möglichst sichergestellt wird.

**Victoria-Fortbildungs- und Fachschule (Kurfürstenstr. 160).** Zu Ostern beginnen in sämtlichen Abteilungen der Tages- und Abendkurse die neuen Unterrichtskurse, sowohl in den gewerblichen und hauswirtschaftlichen wie in den Handelsklassen. Die Notwendigkeit einer gründlichen Berufsbildung wie gründlichen hauswirtschaftlichen Ausbildung der weiblichen Jugend ist ja keine Frage mehr. Die Leitung macht darauf aufmerksam, daß nach dem Kriege in den sogenannten weiblichen Berufen (Schneidern, Wäscheanfertigung, Putzmachen) weit günstigere Aussichten sein würden als etwa für Kontoristinnen und Büroangestellten.

**Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, SO, Adalbertstraße 41,** die jedem Mann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist im Monat März von 7199 Personen besucht worden. In der Ausleihe-Bibliothek wurden 4308 Bände unterhaltender und belehrender Literatur nach Hause verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 542 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktäglich von 5<sup>1/2</sup>-10 Uhr abends, Sonntags von 9-1 und 3-6 Uhr geöffnet.

**Berliner Aylverein für Obdachlose.** Im März nächstigen im Männerzahl 6374 Personen, in Frauenzahl 1661 Personen.

**Wer ist die Tote?** Am 23. März nachmittags gegen 10<sup>1/2</sup> Uhr wurde auf dem Eisenbahngleise bei Köpenick in der Richtung Berlin eine bisher unbekannt Frau, die anscheinend Selbstmord verübt hatte, mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Die Unbekannte ist 35 bis 40 Jahre alt und hat schwarzes Haar. Bekleidet war sie mit weißer Leibwäsche, geiz. M. O., blauem Tricotkleid, schwarzen Strümpfen, blauen Strumpfbändern, schwarzen Schürchen, schwarzem Rock, weißem Unterrock, dunkelgrünem Mäntel mit schwarzen Blüddragen. Sie hatte eine schwarzlederne Handtasche bei sich, enthaltend ein weißes Taschentuch, geiz. M. O., mehrere Schlüssel, eine Korallenkette sowie eine Brosche in Hufeisenform. Wer über die Tote Auskunft geben kann, ist gebeten, die Polizeiverwaltung in Köpenick oder dem 3. Kriminalbezirk Berlin zu den Akten 955 IV 55. 17 zu benachrichtigen. Auch jedes Polizeirevier nimmt Mitteilungen entgegen.

**Im Brunnenwald erschossen hat sich ein unbekannter Mann** von etwa 30 Jahren. Er jagte sich im Unterholz im Jagd 69 zwei Stugeln in die linke Brust, wahrscheinlich schon vor längerer Zeit, denn die Leide ist schon stark verwest und von Raubzeug angenagt. Der Tote ist mittelgroß, hat einen rötlich-blonden Schnurrbart und eine gelblich-rote Nase und trug einen schwarzgrünen Rock, braunen Leberzieher mit Samtkragen, schwarzen Hut und graugrüne Hose und Weste. Man fand bei ihm ein paar braune Lederhandschuhe, einen Revolver mit drei scharfen Patronen, zwei Patronenbüchsen und eine Kasinorechnung mit dem Stempel Kriegsbelleidungsbamt.

**Mord in Niederschöneweide.** Am Sonntag morgen gegen 5 Uhr hatten sich die beiden diensttunenden Gemeindevächter Riß und Riese an der Ecke der Berliner und Haselwerder Straße getroffen und sich dort, nach kurzer Unterhaltung, verabschiedet. Gleich nachdem sich die beiden Männer getrennt hatten, vernahm Riese aus nächster Nähe zwei Schüsse. Als er hinzueilte, sah er zu seinem Schrecken seinen Kollegen in einer Blutlache auf der Straße liegen. Riß hatte zwei Schußverletzungen in der Brust, er hatte die Besinnung verloren und starb nach wenigen Augenblicken. Offenbar liegt ein Mord vor. Es wird auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Erschossene, nachdem er sich von seinem Kollegen getrennt, auf der Straße einen Verdächtigen angehalten und von diesem dann niedergeschossen worden ist.

**Ein Wächter von Einbrechern schwer verletzt.** Noch eine zweite Bluttat ist in der Nacht zu Montag verübt worden. Der 51 Jahre alte Wächter Hermann Prüfer vom Weidenweg 45 hat die Nacht auf sich über das Gold- und Uhrwarengeschäft von Georg Witow in der Oberstr. 22. Hier hat er zu bestimmten Zeiten auf dem Thor am hinteren Eingang eine Kontrollfahrt zu stecken. Um zu ihr zu gelangen, muß er einige Stufen emporklettern. Als er in der Nacht kurz nach 2 Uhr diese Uhr schloß, sah er drei Männer, die anscheinend das Haus verlassen wollten. Prüfer ging wieder hinaus, blieb aber vor der Tür stehen. Er bemerkte, daß die drei Männer das Grundstück nicht verließen, sondern wieder umgekehrt waren. Als er dann im Hause ein verdächtiges Geräusch hörte, ging er ebenfalls wieder hinein. Er schaltete seine elektrische Taschenlampe ein, um nachzugehen. Kaum hatte er Licht gemacht, da schossen die drei Männer zu gleicher Zeit auf ihn und trafen ihn so schwer, daß er zusammenbrach. Darauf ergriffen die drei die Flucht. Prüfer raffte sich wieder auf und schleppte sich mühsam nach Hause. Seine Tochter holte einen Arzt, der ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen ließ. Hier liegt er noch schwer darnieder. Der Leberfallene hat einen Schuß in den Unterleib und einen zweiten in die Brust erhalten. Dieser hat auch die Lunge getroffen. Eine dritte Kugel blieb in den Kleibern stecken. Die Kriminalpolizei, die erst veripäet von dem Ueberfall Kenntnis erhielt, vernahm den Verwundeten Montagabend. Dieser hat den Eindruck gehabt, daß die drei Männer entlassene Soldaten oder Soldaten in bürgerlicher Kleidung waren. Alle drei waren mittelgroß und 20-25 Jahre alt. Einer hatte einen Schnurrbart und trug einen braunen Leberzieher und einen schwarzen heißen Hut, ein anderer einen dunklen Leberzieher und ebenfalls einen schwarzen heißen Hut, der dritte einen dunklen Anzug. Mitteilungen, die zur Ergreifung der Täter führen können, werden auf jeder Revierwache und von der Kriminalpolizei im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums entgegengenommen.

### Man zeichnet Kriegsanleihe bei jeder Bank, Kreditgenossenschaft, Sparkasse, Lebensversicherungsgesellschaft, Postanstalt.

**Charlottenburg.** Frauen in der städtischen Verwaltung beantragen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die Wahl von Frauen für Deputationen in weiterem Umfange als bisher zu erfolgen hat, und ferner den Frauen, sobald die gesetzlichen Bestimmungen über ihre Ausübung es zulassen, Stimmrecht in den Deputationen gewährt wird.

Der Verkauf der Gemüsekonserven findet in der Zeit vom 5. bis 18. April einschließlich statt, und zwar wird auf Abschnitt 65 1 Kilogramm Gemüsekonserven in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften zu dem festgesetzten Höchstpreise abgegeben. Der vorhandene Vorrat reicht zur Auslieferung an die Gesamtbevölkerung aus; ein Anspruch, eine bestimmte Sorte zu erhalten, besteht nicht. Der Verkauf findet nach den Serien der roten Nahrungsmittelliste statt und beginnt für die Serie I am 5. April, für die Serie II am 7. April. Den größeren Geschäften bleibt es vorbehalten, Nummernkarten an die Kunden auszugeben. Vom 11. April ab ist im Geschäftszimmer der Gemüseabteilung, Berliner Str. 76, 2 Tr., eine Auktionsstelle eingerichtet, die diejenigen Geschäfte angeht, in welchen noch Konserven zu haben sind. Der freihändige Verkauf von Gemüsekonserven bleibt nach wie vor verboten.

**Neubölln.** Aenderungen bei der Massenpeisung. Die Lebensmittelkommission beschloß in ihrer letzten Sitzung, vom 16. April ab die Fleischportion für jede Portion extra zu verabschieden. Da von diesem Tage an die Fleischmenge erhöht wird, so soll in Zukunft an fünf Tagen in der Woche Fleisch gegeben werden. Für jede Portion sollen 50 Gramm Rohfleisch, an den fünf Fleischtagen also insgesamt 250 Gramm, verabfolgt werden. Nach den für Groß-Berlin festgesetzten Grundlagen werden für diese 250 Gramm die 10 Abchnitte der Reichsfleischkarte abgefordert, während daneben das billige Fleisch der kommunalen Fleischkarte vom Schlächter entnommen werden kann. Trotzdem in Zukunft bei der Massenpeisung 250 Gramm Fleisch gegeben werden, bisher 100, hat die Kommission beschlossen, den Preis der Portion auf 40 Pf. zu belassen.

Der zur Verteilung kommende Zucker muß zum Preise von 30 Pf. je Pfund an das Publikum abgegeben werden. Hohe Forderungen, die mit einer besseren Qualität begründet werden, sind zurückzuweisen. Händler, die solche Forderungen erheben, sollten dem Magistrat angezeigt werden.

**Ausgabe von Sauerlohl.** Vom Magistrat wird und mitgeteilt: Auf Anordnung des Kriegsernährungsamts sollte vor den Osterfesttagen auf den Kopf der Bevölkerung 1 Kilogramm Gemüsekonserven ausgegeben werden. Für die Durchführung dieser Anordnung wurde vorausgesetzt, daß die entsprechende Anzahl von Gemüsekonserven in den diesigen Geschäftslokalen der Gewerbetreibenden zur Verfügung steht. Nach der stattgehabten Bestandsaufnahme ist letzteres jedoch nicht der Fall, so können aus den Beständen nicht einmal die Hälfte unserer Einwohner beliefert werden. Die Ausgabe von Gemüsekonserven muß daher einer späteren Regelung vorbehalten bleiben. Als Ersatz für die fehlenden Konserven ist uns von der Reichsbestellungsstelle Sauerlohl zur Verfügung gestellt worden. Die Zufuhr dieses Rohis ist jedoch erst in den nächsten Tagen zu erwarten. Um unsere Bevölkerung aber nicht in Stich zu lassen, werden wir vor den Osterfesttagen aus den inzwischen eingetroffenen Sendungen an Sauerlohl zunächst je Kopf 1/2 Pfund ausgeben. Die Abgabe an die Bevölkerung soll auf den Abschnitt 10 der Neuböllner Lebensmittelliste bei demjenigen Kleinhändler erfolgen, bei welchem die Anmeldung zur Kartoffelverteilung bewirkt ist. Die Kleinhändler, welche diese Anmeldungen

entgegengenommen haben, können ihren Sauerlohlbedarf unter Vorlegung der neuen Kundenliste vom städtischen Grundstücke Berliner Straße 35-39 am Mittwoch, vom mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr, und am Donnerstag, vom morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr, gegen sofortige Zahlung des Kaufpreises von 15 M. je Zentner abholen. Der Verkaufspreis des Sauerlohls ist auf 10 Pf. je halbes Pfund festgesetzt worden. Die Ausgabe des Sauerlohls an sechs und mehr Personen auf Grund der Neuböllner Haushaltungskarte wird hierdurch nicht berührt.

### Kein Kleinwohnungsüberfluß in Wilmersdorf.

Die im Mai 1916 in Groß-Berlin einheitlich durchgeführte Leerwohnungsabzählung hat für Wilmersdorf ergeben, daß auch hier von einem Überfluß an Kleinwohnungen nicht die Rede sein kann. Dem vom Magistrat erstatteten Jahresbericht über die Gemeindeverwaltung in 1916 entnehmen wir, daß überhaupt 1701 leerstehende Wohnungen gezählt wurden, 409 Prozent aller Wohnungen Wilmersdorfs. Im besonderen standen leer: 1381 von den Wohnungen ohne Gewerberäume, nur 3,57 Prozent aller derartigen Wohnungen, dagegen 320 von den mit Gewerberäumen verbundenen Wohnungen, 11,04 Prozent dieser Wohnungsgruppe. Für den größten Teil der Bevölkerung kommen allein die Wohnungen ohne Gewerberäume in Betracht. Unter den 1381 leerstehenden Wohnungen dieser Gruppe waren: 47 mit 1 Zimmer, 122 mit 2 Zimmern, 244 mit 3 Zimmern, 290 mit 4 Zimmern, 314 mit 5 Zimmern, 164 mit 6 Zimmern, 100 mit 7 Zimmern, 82 mit 8 oder mehr Zimmern, also zusammen nur 169 kleine Wohnungen mit 1 oder 2 Zimmern, aber 543 mittlere Wohnungen mit 3 oder 4 Zimmern und gar 669 große Wohnungen mit 5 oder mehr Zimmern. Von dem ganzen Wohnungsbestand der drei Gruppen entfielen auf die leerstehenden Wohnungen: bei den kleinen Wohnungen nur 1,17 Prozent, bei den mittleren 3,92 Prozent, bei den großen 6,47 Prozent. Der bei den kleinen Wohnungen ermittelte Leerwohnungsanteil von nur 1,17 Prozent bedeutet ein für diese Wohnungsgruppe ganz unzulängliches Angebot. Nach dem Kriege wird wahrscheinlich auch in Wilmersdorf für die minderbemittelte Bevölkerung der Wohnungsmarkt sich infolge Knappheit der Kleinwohnungen ungünstig gestalten.

**Schöneberg.** Die Stadterordnetenversammlung am Montag beschäftigte zunächst eine Magistratsvorlage, die Verlängerung der Geltungsdauer über die Gewährung von Kriegsteuerungszulagen bis zum 30. Juni bezweckt. Genosse W o h s kritisierte die ungerichtete Verteilung der Teuerungszulagen bei den Beamten, wobei er verlangte, daß den niedrigergestellten Beamten höhere Sätze als den mit hohen Gehältern angestellten Beamten zuteil werden müßten. Die Vorlage wurde dem Staatsauschuß überwiesen. Für unentgeltliche Impfungen, welche für Männer jeden Freitag und Sonnabend, für Frauen und Mädchen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 5<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags bis 7<sup>1/2</sup> Uhr abends in der städtischen Fortbildungsschule, Wäldchenstr. 15, stattfinden, wurden 3000 M. bewilligt. Bei der Nachbewilligung von 1600 M. zum Friedhofsdienst bemängelte Genosse Hoffmann, daß der Magistrat noch nicht beschloffen habe, die Leichenräumer als ständige Friedhofarbeiter einzustellen und sie zurzeit nur stundenweise beschäftigt. Eine Anzahl von Petitionen wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen, darunter auch die der Wädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit (Abteilung für kommunale Arbeit), um Zulassung und Wahl von Frauen und Mädchen in städtische Deputationen und Kommissionen, die vom Stadt. W o h s (Goz.) lebhaft befürwortet wurde. Für die Erweiterung des städtischen Fuhrwesens wurden 50 000 M. bewilligt. Zuletzt wurde ein Antrag der Hausbesitzerfraktion verhandelt, wonach die Mietbeihilfen nicht mehr von einem Mietnachlaß der Hausbesitzer abhängig gemacht und die Mietnachlässe spätestens am 1. April von der Stadt übernommen werden sollen. Die Stadterordnetenversammlung stimmte dem Antrage in folgender Fassung zu: Auf Antrag eines Hausbesizers, der nicht mehr als 3000 M. Einkommen vorsteuert, soll die Mietbeihilfe von der Gewährung eines Nachlasses nicht abhängig gemacht werden.

**Verkauf von Gemüsekonserven.** Der Gemüsekonservenverkauf beginnt am Mittwoch, den 4. April. Auf jeden Bezugsabschnitt 6 der Schöneberger Lebensmittelliste kann 1 Kilogramm abgegeben werden. Der Magistrat ist in die Lage verlegt worden, eine Bestandaufnahme vor der Freigabe zu veranlassen, so daß er diesmal — im Gegensatz zu der Weihnachtsverteilung — jedem Bürger zufichern kann, daß er 1 Kilogramm Konserven erhält. Ein Anstellen um die Ware ist daher zwecklos. Wer bei dem Geschäft, in dem er gewöhnlich zu kaufen pflegt, Ware nicht mehr vorfindet, erhält vom Mittwoch, den 11. April, mündlich und am Fernsprecher durch die Auskunftsstelle des Magistrats Nachricht, wo er das ihn zukommende Kilogramm Konserven noch kaufen kann. Der Magistrat sichert jedem zu, daß er dieses Kilogramm in dieser oder der nächsten Woche unbedingt erhalten wird.

**Steglitz.** Lebensmittelnachrichten. Die Fleischration ist für diese Woche auf 350 Gramm erhöht worden. — Auf Abschnitt 7 der Lebensmittelliste gibt es vom Donnerstag ab bis Sonntag 200 Gramm Mehl.

**Maierdorf.** Unveränderte Steuern. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich mit der Beratung des neuen Haushaltsplans, der in der ordentlichen Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 1 733 039 M. abschließt. Der Voranschlag bietet im wesentlichen das gleiche Bild wie im Vorjahre, so daß auch von einer Erhöhung der Steuern Abstand genommen werden konnte. Zur Erhebung gelangen: 170 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer, 200 Proz. Gemeindefteuer in den Klassen I und II und 110 Proz. in den Klassen III und IV, ferner als Grundsteuer 3 Hgn. 4,5 vom Tausend des gemeinsamen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke. Als neue Steuern entfällt der Voranschlag den Warenumsatzsteuer und eine Form von Billeitsteuer zur Versteuerung der Wettrennen und Wettspiele. Ferner wurde beschlossen, die Mieten in den Gemeindehäusern in der Dorfstraße um 30 Proz. zu erhöhen. Mitgeteilt wurde, daß die Gemeinde ein neues Darlehen von 2 Millionen Mark aufnehmen muß.

**Weißensee.** Die Haushaltsberatung ging in diesem Jahre glatt vonstatten, da beantragt wurde, den Voranschlag im ganzen ohne weitere Beirerung anzunehmen. Der Haushalt schließt ab bei der ordentlichen Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 4 970 000 M., in der außerordentlichen Verwaltung desgleichen mit 2 000 000 M., die elf besonderen Voranschläge mit 2 761 525 M. und 2 618 920,85 M., so daß ein Ueberfluß von 132 604,15 M. verbleibt. An Steuern werden erhoben 165 Proz. Einkommensteuer, die 654 225 M. bringen sollen, 245 Proz. Gemeindefteuer mit einem Betrage von 196 000 M. An Grundsteuer werden erhoben 4 Promille für bebauten Grundstücke mit einem Extra von 446 000 M., 6 pro Mille für gärtnerisch benutzte Grundstücke mit 6480 M. und 7,2 pro Mille für unbebaute Grundstücke mit 238 320 M. Insgesamt sollen als direkte Steuern 1 632 225 M. einkommen. An indirekten Steuern sind im Anschlag vorgezehen: Luftfahrtssteuer 5000 M., Grundsteuer 25 000 M., Biersteuer 10 000 M., Umsatzsteuer 70 000 M., Wertzuwachssteuer 42 000 M. An den Kreis Niederbarnim sind abzuführen 215 387,19 M. Vorher gab der Bürgermeister einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und über die bis jetzt gepflogenen Verhandlungen über den geplanten Lastenausgleich.

**Brit.** Das Kriegsmehl kann auch gegen Abgabe des Abschnitts 39 des Lebensmittellisten bei den Kleinhändlern bezogen werden.

**Friedrichshagen.** Für das Baden von Weißbrot sind abweichende Bestimmungen getroffen. Danach darf bis auf weiteres Weißbrot im Gewicht von 1000 und 1500 Gramm gebaden werden. Der Preis ist auf 45 und 66 Pf. festgesetzt. Schrippen können auch im Gewicht von 100 Gramm zum Preise von 5 Pf. hergestellt werden.

**Erster. Aus dem neuen Haushaltsplan.** Die Steuerzuschläge erfahren im neuen Geschäftsjahr trotz erheblicher Mehrausgaben keine Erhöhung. Der Haushalt balanciert mit 180 200 M. gegen 170 100 M. im Vorjahre. Der Gasanfallsboranschlag sieht eine Erhöhung der Gaspreise vor und zwar sollen fortan für Leucht- und Kochgas als Einheitspreis 20 Pf. (bisher 18 bezw. 16 Pf.) erhoben, der Preis für Motorgas von 14 auf 18 Pf. erhöht werden. Alle Vergünstigungen, wie Gratzlieferung der Messer für Kochgas, Uebernahme eines Teiles neuer Anlagen auf die Gemeinde, fallen fort.

## Zur Wiederherstellung des Arbeiterinnenschutzes.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im August-September 1916 eine Erhebung über die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges vorgenommen, deren Ergebnisse er jetzt in einer 70 Seiten starken Broschüre der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Schrift ist eine einzige Mahnung zur Wiederherstellung des Arbeiterinnenschutzes.

Gerade die Metallindustrie ist durch die Einwirkung des Krieges zu einem der ausgedehntesten Gebiete für Frauenarbeit geworden. Die vorliegende Erhebung läßt den vollen Umfang der Ausdehnung der Frauenarbeit in der Metallindustrie nicht erkennen. Eine Erfassung des gesamten Gebiets der Frauenarbeit in dieser Industrie war nicht möglich.

Aber sie erfährt aus dem ganzen Reichsgebiete Orte und Betriebe aller Art. Die gewonnenen Zahlen zeigen einen solchen Umfang der Frauenarbeit, wie er nicht erwartet werden konnte. In 207 Orten wurde bei 2594 Betrieben festgestellt, daß die Zahl der vor dem Kriege beschäftigten 63 570 Frauen auf 206 530 angewachsen war. Das ist eine Steigerung um 319,3 Proz. Der Hauptanteil an dieser Steigerung entfällt naturgemäß auf die Kriegsindustrie. Hier erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen von 35 425 auf 227 186. Ueber 250 verschiedene Tätigkeitsgebiete der Frauen wurde berichtet. Auf welchen Arbeitsgebieten die Arbeiterinnen die größten Fortschritte gemacht haben, war leider nicht festzustellen, doch verdient Erwähnung, daß bei einer Erhebung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1912 216 weibliche Dreher ermittelt wurden, diesmal wurden deren 3926 in einem nur kleinen Teil der erfahrenen Betriebe ermittelt. Daß es sich vielfach um ganz ungeeignete und für den Frauenorganismus überaus gesundheitsschädliche Tätigkeiten handelt, wird an manchen Einzelheiten dargelegt. In einem Schiffbaubetriebe wurden Frauen mit Stollgeräten beschäftigt. In einem Kleinwalzwerk mußten Frauen und Mädchen an der Fertigungsstraße stehen und die durchkommenden Walzprodukte mit der Zange abnehmen. Arbeiterinnen werden mit dem Tragen von Spannen beim Sieben beschäftigt. Ein Mädchen muß den Angulosen füllen. Als besonders schwere Arbeit wird das Befördern von Eisenteilen, das Vorhalten beim Richten, das Steimmen mit Preßluft bezeichnet.

Nur für ein Fünftel der erfahrenen Betriebe wurde die Frage nach dem Einhalten der Arbeiterinnenschutzbestimmungen bejaht. Häufig wird das Fehlen von Waschräumen beklagt, Garderobe und Waschräume müssen von Männern und Frauen gemeinsam benutzt werden. „In der Gewehrflaumfabrik sind Mädchen auch als Führerinnen der Dampfhammer tätig. Von den umherirrenden Funken werden die Arbeiterinnen Kleider und Haare verjengt. . . . Die Arbeiterinnen in den Hüttenwerken sind hohlwangig, die Augen liegen tief im Kopfe, ihr Blick ist apathisch, der Sinn für Lebensfreude ist geschwunden.“ Die Wechselräder an den Drehbänken laufen alle ungeschützt. „Da an den Maschinen (Stoßwerke und Ergatterpressen) die Schutzvorrichtungen fehlen, ist die Zahl der Unfälle (Fingerverluste) eine hohe.“ Das sind so einige Beispiele aus den Angaben.

Die Arbeitszeit ist oft recht lang. In 225 Betrieben hatten 21 189 Arbeitswochen von über 60 Stunden. Und auch unter den Arbeiterinnen, deren Arbeitszeit über 57 bis 60 Stunden betragen soll (70 840) sind noch viele Tausende, für die durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit die Arbeitszeit weit über 70 Stunden hinaus ausgedehnt wird. Von einem Betriebe wird berichtet: „Mädchen, die nicht Doppelschicht hatten, haben wiederholt von früh 7 Uhr bis abends 11 Uhr gearbeitet, dabei nur eine Stunde Pause.“ Von einem anderen Betriebe heißt es: „Verschiedene Frauen arbeiten Sonnabends den ganzen Tag durch bis früh 2 oder 4 Uhr, je nach Belieben 16 bis 18 Stunden.“ In 364 Betrieben müssen 34 742 Arbeiterinnen Sonntags arbeiten.

Soweit bei der Erhebung Angaben gemacht wurden, arbeiteten 81 233 Arbeiterinnen in Zeitlohn und 96 480 in Akkordlohn. Nur in 278 Betrieben erhielten die Arbeiterinnen die gleiche Entlohnung wie die Männer, in 1206 Betrieben war sie geringer. Die Stundenlöhne schwanken von 11—15 Pf. bis zu 65 Pf., der Stücklohnverdienst von 16 bis 25 Pf. bis 75 Pf. die Stunde, pro Tag betrug der Stücklohnverdienst von 2 M. bis 10 M. Tagelöhne wurden gezahlt von 1,20 M. bis 7,50 M. Vielfach wird über Abzüge geklagt.

In den Schlußbemerkungen lesen wir: „Gewiß handelt es sich bei allen Unzuträglichkeiten um Ausnahmen. Es ist glücklicherweise eine Seltenheit, daß die gesamten Mißstände in einem Betriebe angetroffen werden. Aber es ist auch eine Seltenheit, einen Betrieb ohne jeden Mißstand zu finden. In irgend einer Sache fehlt's immer.“

Der Schluß des Buches klingt in die von uns schon wiederholt erhobene Forderung an die Regierung aus, zugunsten der Arbeiterinnen im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit je eher desto besser einzugreifen: „In diesem Sinne soll die vorliegende Schrift eine Warnung sein an die Unternehmer gegen den mit der weiblichen Arbeitskraft getriebenen Raubbau und eine Mahnung an den Staat zur Ein- und Umkehr.“

## Industrie und Handel.

Die Reichsbank im Jahre 1916.

Die Reichsbank hat im Jahre 1916 einen Gesamtgewinn in Höhe von 225 600 000 M. erzielt gegen 273 144 929 M. im Jahre 1915. Die Verwaltungskosten beanspruchten davon 28 931 270 M. (1915: 26 488 221). Als nachträgliche Kriegsteuer für das Jahr 1914 kommt ein Betrag von wieder 14 200 000 M. in Abzug, und der neu geschaffenen Reserve für Kriegsverluste werden 80 Millionen Mark zugewiesen. Diese Rücklage ist unabhängig gebildet von der Reserve für zweifelhafte Forderungen (62 Millionen Mark). Es verbleibt für das Jahr 1916 ein Reingewinn in Höhe von 96 280 545 M. (106 482 231). Auf die Anteilhaber entfällt eine Gesamtdividende von 8,68 Prozent gegen 8,97 Proz. für

1915. Der an das Reich abgeführte Betrag beläuft sich insgesamt auf 190 291 181 M. gegenüber 199 719 609 M. für 1915. Die Verminderung findet im wesentlichen ihre Erklärung in dem aus dem Gewinn für Kriegsverluste abgeführten Betrage. In den Reservefonds geben aus dem Reingewinn 1 096 121 M. (1 920 940). Der private Kreditbedarf fand in weitem Umfange außerhalb der Reichsbank Befriedigung. Der Notenumlauf hat sich von 6 917 Millionen Mark Ende Dezember 1915 auf 8 054 Millionen Mark Ende Dezember 1916 geteilt. Daneben mußte der Umlauf an Darlehenslasten im freien Verkehr von 972 auf 2 873 Millionen Mark erhöht werden. Bei der Ausdehnung des Papierumlaufts ist zunächst der Umlauf von Goldmünzen in Papiergeld zu berücksichtigen. Der so erheblich angewachsene Bedarf an Zahlungsmitteln findet seine Begründung auch zum Teil darin, daß die Verzögerung der von den deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebiete allein einen Mehrbedarf an Reichsbanknoten von über 2 Milliarden Mark erfordert haben dürfte. Hierzu kommen die großen Summen, die zur Bezahlung von Einfuhr an das Ausland abgeführt sind, sowie die erheblichen Mehrbeträge, die die deutsche Volkswirtschaft infolge der allgemeinen Preisversteigerung beansprucht.

Der Goldbestand der Reichsbank hat im Jahre 1916 eine weitere Erhöhung um mehr als 75 Millionen Mark erfahren und überstieg am Jahresluß, obwohl im Jahre 1916 große Beträge an das Ausland abgegeben wurden, die Summe von 2 1/2 Milliarden Mark. In die Industrie wurde Gold im wesentlichen nur zur Herstellung unentbehrlicher Gegenstände hergegeben oder zur Anfertigung von Exportwaren, durch deren Ausfuhr fremde Wärluten in einem Wert des verarbeiteten Goldes um ein Mehrfaches übersteigenden Umfange erworben wurden. Seit dem Kriegsbeginn hat sich dank der Ablieferung von Gold der Goldbestand der Reichsbank um 1 267 Millionen Mark erhöht. In ungefähr der gleichen Zeit stieg der Goldbestand der Bank von England um 226 Millionen Mark, während der wirkliche im Ausland verbliebene Goldbestand der Bank von Frankreich und der der Russischen Staatsbank um 614 und um 283 Millionen Mark abgenommen haben.

Aus dem Geschäftsbericht sei erwähnt: Am Schluß des Jahres 1916 hatten die Darlehenslasten nur 2,35 Proz. des bis zu jenem Tage für die Kriegsanleihen bezahlten Betrages von 46,3 Milliarden Mark an Kriegsanleihen ausstehen. (Zwischen ist der Anteil der Darlehenslasten auf 1,6 Proz. zurückgegangen.)

Die Gesamtumsätze bei der Reichsbank, die sich im Jahre 1916 auf 972 519 407 300 M. beziffert hatten, stiegen auf 1 257 331 402 500 M. Hiermit erscheint zum ersten Male im Verwaltungsberichte der Reichsbank — zugleich wohl zum ersten Male in der Zahl- und Wirtschaftsgeschichte aller Völker und Zeiten als Jahresergebnis der Umsätze einer einzigen Bank — die Ziffer einer Billion gleich 1 000 Milliarden oder gleich dem Millionenfachen einer Million.

In Wechseln, Schecks und diskontierten Reichsdahamweisungen betrug die höchste Anlage der Reichsbank im Jahre 1916 10 758 Millionen Mark, und zwar am 30. September, die niedrigste 4 717 Millionen Mark am 1. April. Im Durchschnitt stellte sich die bankmäßige Deckung auf 6 591 Millionen Mark. Der Gewinn aus Wechseln, Schecks und diskontierten Schuldverschreibungen des Reichs belief sich im Jahre 1916 auf 301 748 531 M. In fälligen, aber unbezahlt gebliebenen Wechseln und Lombardforderungen waren am 31. Dezember 1916 12,3 Millionen Mark vorhanden gegen 12,5 Millionen Mark Ende 1915. Die Golddeckung der Noten stellte sich im Durchschnitt des Jahres 1916 auf 38 Proz. Die gesamten täglich fälligen Verbindlichkeiten (Noten und fremdes Geld), für die gesetzliche Deckungsvorschriften nicht bestehen, waren trotz ihrer erheblichen Steigerung durchschnittlich durch Gold mit 26 Proz., durch den Vorrat mit 31,3 Proz. gedeckt.

## Genug Geschosse!

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit: Fortgesetzt gelangen an das Waffen- und Munitions-Verschaffungsamt Mitteilungen, daß bestehende Fabriken ihre Anlagen für die Waffen- und Munitionserzeugung erweitern oder noch neu einrichten wollen. Demgegenüber stellt das Amt fest, daß die Zahl der vorhandenen Betriebe, abgesehen von Ausnahmefällen, bis auf weiteres durchaus zureicht. Es könne daher nur dringend geraten werden, derartige Einrichtungen nur dann vorzunehmen, wenn vorher das Waffen- und Munitions-Verschaffungsamt, Technisches Hauptbureau, befragt worden ist. Es wird jedoch hinzugefügt, daß in der Mehrzahl ein ablehnendes Bescheid wird erfolgen müssen. Insbesondere ist der Bedarf an Bearbeitungsmerkmalen für Artilleriegeschosse und Minen auf absehbare Zeit reichlich gedeckt.

## Die Wirkung des Seckriegs auf die holländische Textilindustrie.

Die holländische Textilindustrie, die ihren Mittelpunkt in der Provinz Twente hat, ist von einer vollständigen Stilllegung bedroht. Bisher arbeitete sie infolge der verzüglichen Rohstoffzufuhr mit beschränkter Arbeitszeit, jetzt aber hat die Zufuhr von Baumwollgarnen aufgehört. Der verschärfte Seckrieg hat die Zahl der holländischen Schiffe, die nach England fahren, bedeutend vermindert. Und nach dem Zwischenfall mit der „Prinzeß Melitta“, d. h. nach der Zurückweisung bewaffneter Handelsschiffe, hat das englische Kriegsdepartement erklärt, daß fortan Ausfuhrbewilligungen nur unter der Bedingung erteilt werden, daß die Ware auf niederländischen Schiffen transportiert wird. Die englischen Spinnereien haben daraufhin mitgeteilt, daß sie die Produktion für Holland nicht weiter fortsetzen können, wenn Holland nicht schleunig für Verschiffung sorgt. Die holländischen Webereien scheinen nicht geneigt, Abhilfe zu leisten. Und so sehen 80 000 Arbeiter die Arbeitslosigkeit vor der Tür.

## Die Krise der französischen Viehzucht.

In der „Humanité“ vom 9. März schildert Genosse Compère-Morel den Rückgang der französischen Viehzucht. Der

Rückgang ist von 335 Millionen Quintals (Polgeniner) im Jahre 1913 auf 294 Millionen im Jahre 1916 gesunken. Die Viehdiebstahl-Verluste ergab Ende 1912 14 700 000 Stück, Ende 1916 12 400 000. Von dem Verlust von 2 288 000 entfallen 1 500 000 auf Viehdiebstahl. Compère-Morel kritisiert mit bitterer Ironie die von oberster offizieller Stelle, von Aristokraten, Bourgeois und Journalisten gepredigte „Aktion“, die in Aufrufen an die Bäuerinnen und Schullinder und Veranlassung der Pariser Schanzgräben, der Parkanlagen usw. in Gemüsegärten gipfelt. Was fehlt, ist nicht das Land, das vielmehr in allen Gegenden Frankreichs in bester Qualität vorhanden ist und auf den bebauten wartet, sondern die leistungsfähigen und geschulten menschlichen Kräfte. Das einzige Mittel, die Krise zu beschwören, ist die unverzügliche Entlassung oder vorläufige Beurlaubung der Landwirte der älteren Jahrgänge. Alles übrige ist nur Puff und leerer Wortschwall.

Charakteristisch für die Teilnahmslosigkeit der Aktionäre wohlgeleiteter Unternehmen und die Alimadi der führenden Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder ist die getrigge Generalversammlung der Berliner Handelsgesellschaft gewesen, in der — bei einem Aktienkapital von 110 Millionen Mark — die antretenden Aktionäre einen Verlust von 56 Millionen Mark verteilten.

## Berichtszeitung.

Umfangreiche Diebstahlfälle eines Bäckerlehrlings führten nicht weniger als neun Personen auf die Anklagebank. Außer dem Diebe hatten sich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I seine Abnehmer zu verantworten, meistens Frauen, denen die entwendeten Brote ein willkommener Zusatz waren, die aber jetzt unter der schweren Anklage der aewerbsmäßigen Dieberei standen. Der Komplizier legte sich systematisch auf Brotdiebstahl. Er entwendete täglich 2—3 Brote und verkaufte sie dann mit 70—75 Pf. für das Stück an seine „Kunden“. Als schließlich die Sache herankam, hatte der Meister bereits einen Verlust von etwa 1000 M. zu beklagen. Schlimmer als dieser direkte Verlust war die andauernde Beeinträchtigung seines Betriebes, da ihm für die gestohlenen Brote die Brotmarken fehlten und er sich infolgedessen wochenlang mehrere Tsd. Mark abgeben lassen mußte. Das Gericht nahm einfache Dieberei als vorliegend an und erlachte demgemäß unter Freisprechung zweier Angeklagter auf drei Tage bis sechs Monate Gefängnis gegen die Abnehmer. Der Lehrling wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Zum Tanzverbot. Eine Klasse wegen verbotener Veranstaltung öffentlicher Tanzveranstaltungen und Theateraufführungen ohne höheres künstlerisches Interesse und ohne nachgeordnete Erlaubnis tätigte sich gegen die Vorschriften des Theatervereins „Kunst“. Der Verein hatte seine Mitglieder und deren Angehörige zu Vorstellungen eingeladen, denen sich auch ein Zusammenstoß anschloß, bei welchem auch der Tanz zu seinem Rechte kam. Auf die Anzeige eines Kriminalbeamten, der Eingang gefunden hatte, erfolgte dann die Anklage gegen den Vorsitzenden. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte auf eine Geldstrafe von 500 Mark erkannt, die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen. Nun ging die Sache an das Kammergericht, welches auf Aufhebung des ersten Urteils und Zurückverweisung an die Strafkammer erkannte, weil bezüglich der Theateraufführungen Verjährung eingetreten war und nachgeprüft werden sollte, ob „öffentlicher Tanz“ vorlag. Dies wurde bestritten, da nur Vereinsmitglieder Zutritt gehabt hätten. Der die Kontrolle ausübende Kriminalbeamte behauptete jedoch, daß er ohne alle Schwierigkeiten in den Saal gelangt sei, er verweigerte aber eine Antwort auf die Frage des Verteidigers, ob er selbst mitgetanet habe. Da wegen der unbefugten Aufführung von Theaterstücken auf Freisprechung erkannt werden mußte, wurde die Strafe auf 100 M. ermäßigt.

## Briefkasten der Redaktion.

Die kurzfristige Geschäftsstelle findet für Abonnenten Kundenstr. 3, 1. Hof links, Postfach, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Rücklaß und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Geschäftsstelle vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Geschäftsstelle mit.

H. W. 100. Sie waren zur Meldung verpflichtet; es würde sich empfehlen, die Meldung noch nachträglich zu bewirken. — H. G. 41. Wegen der Vermietung der Stube durch den Wirt direkt müßten Sie sich mit diesem im Einvernehmen setzen. Die Vermieterin kann Sie als Mieter nicht jenseit 15. zum 1. des Monats kündigen. — H. G. 2. 86,50 M. Staatsrentenrente, dazu 100 Proz. Gemeindefinanzrenten. — H. G. 9. 1. Am Todesfall würden die Eltern als Erben das Sparausbehalten erhalten. Bei Eingetragung zum Heredeschick werden 50 M. herausgezahlt und es können unter gewissen Bedingungen weitere Zahlungen auf Antrag beim Vormundschicksamt, Landoberger Str. 43, ermittelt werden. Siehe Notiz im gelben „Vorwärts“. 2. Nein. — H. G. 74. Wenn Sie weiter bei der Firma in Arbeit bleiben wollen, müßte durch die Firma Reklamation erfolgen. Günstig können Sie als Arbeitsverwendungsobjekt von der Militärbehörde eingesetzt werden. — H. G. 57. Die schriftliche Abmahnung in dem Mietvertrag erachten wir für bindend. Der Vermieter ist verpflichtet, Ihnen die 20 Proz. Mietsnachlass weiter zu gewähren. — G. A. 41. Dazu bedarf es keiner Bescheinigung. — H. G. 18. Der nachträgliche Urlaub müßte Ihnen nicht gewährt werden; Sie können dagegen mit Erfolg nichts unternehmen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wollig mit meist geringen, nur im Südosten stärkeren Niederschlägen.

## Stoppdecken

Gründlich schneidbar, dr. Fabrik Wollstraße 72, Bernhardt Strohmändel, Spittelmarkt, Ecke Seubelsstraße, Joachimsthaler Str. 25-26, Aufarbeitung alter Stoppdecken lohnend

## Wie ein Wunder

beidseitig 18082  
San-Rat Dr. Strahl's jeden Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, bef. Weinschaden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Original-Dozen zu M. 2,-, 3,50 u. 6,- versendet portofrei  
Giesantens-Apothek Berlin, Unter den Eichen 74, am Dönhofspl. 1.

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bekranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.  
Königsstr. 34-36, Stadthof, Alexanderpl. Spr. 10-1 u. 6-8, Sonnt. 10-1

## Gummi-Regen-Mäntel

in vielen Größen und Weiten  
in vielen Farben und Stoffarten

Vorzügl. echte  
Friedens-Gummierung

40.- 50.- 55.- 60.- 65.- 70.- 75.- 80.- 85.- 90.-

Loden-Pelerinen \* Bozener Mäntel  
Loden-Anzüge \* Sport-Anzüge

Regenhaut-Pelerinen \* Regenhaut-Mäntel  
Wickel-Gamaschen \* Leder-Gamaschen  
Wasserdichte Westen \* Leder-Westen

## BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Kauf Freitag von 12-2 geöffnet





Don der russischen Ukraine.

Besonderes Interesse beansprucht bei der Lösung der russischen Nationalitätenfrage das weite Gebiet der Ukraine. Es ist bekannt, daß die in Mitteleuropa, der Schweiz und Amerika lebenden Ukrainer eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entfalten haben, um bei einem Siege der Zentralmächte die Freiheit für ihre Völk zu erlangen, das der Nationalismus ganz besonders geliebt hat, weil es in dreitem Maaße das Großrussentum von Südosteuropa trennt und weil überdies im ukrainischen Gebiet nicht nur fruchtbares Land, sondern auch reiche Bodenschätze liegen.

Im Jahre 1654 hatten sich die Ueberreste des einstmaligen ukrainischen Staates freiwillig und unter Vorbehalt ihrer vollen Autonomie an Rußland angeschlossen. Katharina II. bejeitete aber jeden Rest einseitiger Selbständigkeit der Ukraine. 1791 wandte sich der ukrainische Adel durch den Grafen Rappin um Hilfe an den Preußenkönig Friedrich Wilhelm II., aber vergeblich; wie sollte auch das Preussentum von damals den Kampf um eine ihm fremde Sache mit dem übermächtigen Rußland aufnehmen. So geriet das Land immer tiefer in das Vergeben seiner eigenen Vergangenheit, bis dann ein Wiederaufwachen einsetzte, das besonders von dem Verein der beiden Slawenapostel Cyril und Method gepflegt wurde. In der berühmten „Dritten Abteilung“, der politischen Geheimpolitik in Petersburg, wurde eine dichterische Prosaübersetzung des ukrainischen Symonifera Kofomoroff aufbewahrt, der voranschlug, daß sein Vaterland einst eine unabhängige Republik sein werde und daß die Völker auf die Stelle zeigen werden, wo die Ukraine auf der Karte bezeichnet ist: „Der Stein, den die Bauleute verwarfen, ist zum Gestein geworden.“

Der Nationalismus verstärkte die Verfolgung, durch die Ufafe des „liberalen“ Alexander II. von 1868 und 1871 sollte die ukrainische Sprache völlig beseitigt werden. Die Revolutionsjahre von 1904—1906 haben das Heftschlagen dieser Verfolgung beendet. Schon in der ersten Duma traten die nationalen ukrainischen Abgeordneten, die einen Klub von 40 Mann bildeten, mit dem Programm der Selbständigkeit hervor. Eines frohlich hat der Nationalismus erreicht: daß 72 Proz. der ukrainischen Bevölkerung nicht lesen noch schreiben können, während dort im 18. Jahrhundert noch Kauf von Aleppo eine tausendjährige Kultur und in jedem Dorfe eine Schule bestand.

Ebenfalls die Gelehrten des Nationalismus haben sich immer um den Nachweis bemüht, daß das Ukrainische höchstens ein russischer Dialekt sei — daher auch die verächtliche Bezeichnung: „Menschen — hat heißt die Petersburger Akademie der Wissenschaften 1905 anerkannt, daß das Ukrainische eine von der russischen abweichende selbständige Sprache ist.

Am 17. Dezember 1909 die Duma über die Verwendung der fremden Sprachen bei Gerichtsverhandlungen beriet, nahmen die jetzt am Ruher befindlichen Madetten mit förmlichem Verfall die Rede des Stewer Abgeordneten Universitätsprofessor Lutschinsky auf, der die Selbständigkeit der Ukraine forderte. Ulsat und Rodinow — der frühere Minister für Finnland, traten ihm bei. Wliskow protestierte noch am 22. Februar 1914 in der Duma gegen das Verbot der Schweischnoffen und sprach für die nationale Gleichberechtigung der Ukrainer. Jetzt wird es sich zeigen, wie die Madetten handeln und ob die Bewegung nicht weiter treibt.

Kammerspiele: „Fahsing“. Von Franz Molnar.

Mit diesem Stück lehrt der Ungar Molnar, der in dem auch vor den freien Volkstheatern gespielten „Lilom“ so phantastische Eigenart zeigte, zu dem französisch-italienischen Erfolgsergebnis „Leigardist“ zurück. Die Gewandtheit spanischer Mode steht auf der gleichen Höhe wie dort, aber die spielerische Unwahrscheinlichkeit der Situationen macht sich in der neuen Arbeit, mit psychologischen Problemen lotterierender Arbeit, noch sehr viel stärker als in der leichteren handelnden Komödie fühlbar. Nach aller Kunstfertigkeit des Jonglierens, die hinter den Gesellschaftskluden des einst so berühmten Gordon nicht zurückbleibt, stellt sich am Schluß die peinliche Empfindung des Pubertätsalters ein.

Die weibliche Paraderolle, auf die das Ganze zugeschnitten, war durch Leopoldine Konstantin virtuos vertreten. Das Sprudeln des Temperaments, die geistige Leere, die mit ihrer Teilnahmslosigkeit noch prunkt, die Freude spöttisch-überlegenen Kostümiertens, die Sucht nach starken Sensationen und Unbehilflichkeit um die Gefahr — alle Elemente, aus denen die Figur gemischt ist, entfalteten sich in dem Spiel mit zwanglos freiem Reiz. Die ersten Szenen, in denen die langfroh ungarische Gräfin auf dem aristokratischen Budapest Fahsingeball ihre Talente und Vorlieben vor einem Kanallierkreis leuchtend läßt, sind reich an individuellen Wendungen. Man wird neugierig, auf welchen Wegen der Autor das Verhältnis zwischen der Dame und einem schwächenden, bisher noch immer abgewiesenen Arbeiter zur Bewegung und Entwicklung

bringen will. Er greift zu einem wunderbar erklügelt Kalkül, der, völlig undramatisch, doch bei gelenkten Kombinierten Handhaben zu überhand verdrängender Theatralik bietet. Die Gräfin, einen Augenblick allein gelassen, findet am Boden einen herabfallenden Diamanten — ein Kronjuwel, das die Prinzessin auf dem Ball trug. Wilschnel hat sich die Stunde von dem Verlust verdrängt. Vergnügt hört sie die aufgeregten Reden. Das Geheimnis amüsiert sie. Um so mehr, als durch Selbstbesichtigung einiger vornehmer Damen die Geschichte zu einem richtigen Stande auswächst. Ihr Machtbewußtsein fühlt sich so geschmeichelt, und die Gefahr, der sie sich durch ihr Schweigen ansetzt, wiegt sie in einen angenehmen Kauf. Und dazu kommt die jäh ausflühende Begier, das Kleinod zu eigenem Schmuck zu behalten. Das Alles wäre, wie der Charakter einmal angelegt ist, wohl verständlich, indes es lang noch nicht für Spannungen, die einen Theaterabend füllen sollen. So muß denn abendrein der Stein auch noch zum Duppler zwischen ihr und dem Verehrer werden. Sie, die nie Bücher noch Romane lesen mochte, verfällt auf die absurd groteske Kolportage-Roman-Idee, den Liebesskandidaten auf die Probe zu stellen, ob seine Seele der Größe wahrer Leidenschaft gewachsen sei, die in dem Dienste der Geliebten nicht Schwand noch Verbrechen scheut. Sie bekennt ihm den Diebstahl und ist entzückt, als der nette, schwärmerische junge Mensch, wie noch erwartete, die Schuld mit ihr zu teilen, sich gewillt zeigt. Er soll ihr Ritter sein, mit ihm will sie einziehen. Die Spannungswürze zu erhöhen, erscheint dann, in gemessenen Akzenten das Mädchen jähren, finster, unheilvoll, der eifersüchtige Gemahl. Am Schluß wird dem jungen Menschen glücklicherweise doch die Sache brennig. Er unterwirft sich, sie zu bestrafen, den Diamanten abzugeben. Die Illusion, daß er der Rechte wäre, schwindet. Enttäuscht schickt sie ihn fort, spielt den Stein den suchenden Detektivs in die Hände und fährt mit dem beschwichtigten Gemahl als hoch honette Frau nach Hause!

In der gut gerundeten Aufführung trat neben Leopoldine Konstantin Eise Ederberg in der Rolle eines aristokratischen verliebten Mädchens charakteristisch hervor.

Amerikanisches Kriegsfieber aus der Nähe gesehen.

Das Kriegsfieber in den Vereinigten Staaten hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht: der Krieg war unermesslich, ging es doch um Recht und Ehre des Landes! So wenigstens schreit man dort in alle Welt hinaus. Bei und weih man jedoch nur zu gut, daß es sich nicht um einfauchtsdollen Männern, die dies ihren Landeselementen Nazumachen haben. In erster Linie ist hier Charles A. Collman zu nennen, der für die New Yorker Zeitschrift „The Fatherland“ eine Reihe von Aufsätzen geschrieben hat, in denen er das Tum und Lassen der Kriegshöhe-Männer von Wall Street aufdeckt. Dem Leipziger Verlage von Rudolf Schödt u. Co. ist es gelungen, diese Aufsätze in einer deutschen Ausgabe auch deutschen Lesern zugänglich zu machen. Unmittelbar vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist das Buch, von den Engländern nicht bemerkt, herübergebracht worden; eine fürchterliche Anklage ist das Werk Collmans; er zeigt, wie die Vereinigten Staaten sich in den Händen einer kleinen Gruppe gewissenloser Geldleute befinden, die sich auf Kosten von Millionen blut, selbst ihrer eigenen Landleute, bereichern wollen. Der junge Morgan, Englands anerkannter Munitionsagent, ist der erste unter diesen Männern der Union. Zwei Prozent des Verkaufspreises der an die Engländer gelieferten Kriegsmaterialien verdient er als Englands Agent, also bei dem Verträge von zwei Milliarden Dollar, auf die Collman bei der Abfassung seiner Arbeit den Wert veranschlagte, runde 40 Millionen Dollar. Der ungeheure Gewinn, den er als Vorkäufer bei den Fabriken einstreicht, ist dabei nicht berücksichtigt.

Bezeichnend für den Geizhalsgeist dieser Leute ist eine Beobachtung Collmans. Im Bureau eines Vorkaufmitgliedes traf er einen Händler, der einige Tage vorher 100 Aktien eines Kriegspapiers, der Crucible Steel, gekauft hatte. Crucible hatte mit einem Gewinn von fast fünf Punkten eröffnet, und der Händler war wieder mit 500 Aktien umeingegangen. Das Papier steigt noch. Erregt von der Hoffnung auf kommende Reichtümer, wandte er sich an Collman und sagte: „Ich habe bereits 3000 Dollar an Crucible verdient, und dies wird genügen, um tausend Deutsche zu töten. Was geht es mich an? Gehalt ist Gehalt. Ich möchte, wir beländen Krieg. Crucible würde seine Anlagen ausdehnen und noch größere Aufträge von der Regierung erhalten. Nun, sie würden auf 1000 Dollar für die Aktie springen.“

Daß es sich bei dem Handel mit Kriegswerten um unlaute Machenschaften handelt, beweist Collman: In den letzten fünf Wochen — das Beispiel kommt aus dem Herbst 1915 — sind an der Börse wenigstens 130 540 Wechselaktien gehandelt worden oder fast soviel, wie die ganzen in den Händen des Publikums befindlichen Aktien; in Coal Products wurden 108 888 Stück gehandelt oder mehr als sämtliche ausstehenden Aktien; in Westhouse wurden 145 490 Stück umgesetzt oder vielmehr soviel wie der ganze ausstehende Wert; was Crucible anbelangt, so wurden 1 185 400 Aktien

gehandelt, oder der fünfmalige Betrag des ausstehenden Wertes, der sich nur auf 215 784 Aktien beläuft. Zur Seele des Kriegsgeschäfts ist nach Collman auch der als Patriot bekannte Oberst Robert Thompson zu rechnen, der 1915 den Nationalverein der Vereinigten Staaten gründete und die sofortige Erweiligung von 500 Millionen durch die Regierung zur Schaffung einer größeren Flotte und eines größeren Heeres befürwortete. Einer dungen Sorge war man selbstverständlich durch die Bewilligung von 500 Millionen Dollar enthoben worden; Chos Tages wird der Krieg in Europa beendet sein, aber die Anlagen des Geldstrusses für Kriegsumrüstung dürften nicht still liegen, und wenn sie auf ihre Rechnung kommen wollen, müßten sie dem europäischen Kriege „weitere Kriege folgen lassen“.

Die deutsche Sprache im besetzten Nordfrankreich.

Ueber die bemerkenswerte Entwicklung der deutschen Sprache in den besetzten Gebieten macht ein dort lebender Franzose in der „Gazette des Ardennes“ die folgenden interessanten Mitteilungen: „Die Industriellen, Kaufleute, Verkäufer, Materialwarenhändler — alle mühten ihrer Gewinne wegen dem Bedürfnis der Verständigung nachgeben. Die Notwendigkeit einer eigenen Nachprüfung in ihrer Beziehungen zur deutschen Behörde zwang sie zu einem summarischen und gleichsam unwillkürlichen Sprachstudium. Und die französische Verwaltung? Hier herrscht ein ununterbrochener Strom, eine dauernde Verklärung, und so sind die Beamten des Bürgermeisterrates alle mehr oder weniger mit der deutschen Sprache betraut. Man glaube jedoch nicht, daß nur sie die Anschläge lesen, die täglich an die Türe der Kommandantur geklopft werden; manchmal drängt sich ein regelrechter Haufe auf den Treppentufen, um die militärischen Nachrichten und die jedesmaligen, deutsch verfaßten Neuigkeiten zu lesen; und damit ist ein zweiter Anstoß zur Entwicklung gegeben. Die Kenntnis der im Norden so verbreiteten flämischen Sprache ist gleichfalls eine Urfrage, die hauptsächlich die Ausbreitung des Dialektischen und des „Plattdeutschen“ in der Arbeiterbevölkerung begünstigt. Ohne im voraus die späteren Verhältnisse zu beurteilen, kann man sagen: wie Belgien zwei offizielle Sprachen besaß, Französisch und flämisch, so besitzt jetzt der Norden Frankreichs seine beiden Sprachen, Französisch und Deutsch, während Belgien deren heute gar drei hat! Ganz gewiß hat die Bevölkerung darüber nicht ihre Muttersprache vergessen; dennoch zeigt offenbar alles auf eine sprachliche Entwicklung hin. Mitten in der Stadt, da, wo sich die Bank de Credit Imonnais befindet, umweht vom Bürgermeisterrat, steht unter der großen Aufschrift: „Verkauf deutscher Bücher und Zeitungen“ eine zweite des Inhalts, daß der Verkauf auch an Zivilbevölkerung zulässig ist, und die Zivilbevölkerung lauft von Tag zu Tag mehr, ein Beweis, daß sich das Verständnis der deutschen Sprache alle Tage mehr und mehr entwickelt. Im Jahre 1915 wurden täglich 100 Zeitungen in Tourcoing verkauft und etwa 200 in Roubaix; diese Zahl hat sich jeden Monat erhöht und augenblicklich werden in Tourcoing 1500 Zeitungen und mehr als 2000 in Roubaix verkauft. Es handelt sich, wie man sieht, um den Verkauf an die Zivilbevölkerung. Und wenn man die Nähe nicht scheut, zu zählen, in wieviel Häusern und Privathäusern die Aufschrift: „Hier versteht man Deutsch“ zu finden ist, so wird man einsehen, daß wir durchaus nicht übertreiben. Die Zukunft der deutschen Sprache im Norden und die der Handelsbeziehungen mit Deutschland sind miteinander verknüpft. Diese Beziehungen werden naturgemäß bestehen bleiben, wie auch die Friedensbedingungen ausfallen mögen; sie müssen eben bestehen bleiben, denn ihr Aufhören würde das Todesurteil für die Textilindustrie des Nordens bedeuten.“

Notizen.

Ueber die Höhe der Meereswellen machen sich die meisten Landratten“ falsche Begriffe, wie die Redensart von den „Landhoben Wellen“ zeigt. Es mag daher interessant sein, die Forschungsergebnisse eines wissenschaftlichen Instituts, wie des hydrographischen Bureau in Washington kennen zu lernen, das kurz vor dem Kriege im Atlantischen Ozean, und zwar sowohl in den Küstengewässern, wie auf hoher See, interessante Untersuchungen in der bezuglichen Hinsicht angestellt hat. Aus dem Bericht ergibt sich zunächst, daß kein erheblicher Unterschied zwischen den Wogen auf hoher See und denen an der Küste gefunden wurde. Nur die Brandungswellen an einigen schmalen Meerestrichen erreichten die außerordentliche Höhe von 25 bis 30 Meter; im übrigen aber betrug die durchschnittliche Höhe der Wellen des Atlantischen Ozeans 9 Meter; sie wuchs bei starkem Sturm bis auf 15 Meter. Die Länge einer Welle erstreckt sich gewöhnlich auf 150—160 Meter, ist also verhältnismäßig groß; die längste Welle, die beobachtet wurde, hatte 500 Meter Länge, ihr Vorüberstreichen dauerte 25 Sekunden, im Gegensatz zu 6—8 Sekunden bei gewöhnlichen Wellen. Erwähnenswert ist auch die Feststellung, daß starker Sturm zwar die Höhe der Wellen vermehrt, gleichzeitig aber auch ihre Länge bedeutend vermindert.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Sapolska.

Leinbram richtete sich in seinem Bett auf.

„Was ist das für ein Mädchen?“

„Eine aus Warschau.“

„Sie wird doch schreien!“

„Dann stopft man ihr das Maul zu. Wenn sie sich satt geschrien und sich erst gewöhnt hat, wird sie auch bleiben. Es gibt kaum eine, die bei uns nicht schreit. So eine Person aus Warschau kann man später aufstecken, ihr ein besonderes Zimmer herrichten und für bessere Leute verwenden.“

Leinbram kraute sich das Haar und räusperte sich:

„Was hat sie gemacht?“

„Was geht uns das an?“

„Ich werde sie in der Kammer einschließen. Dort liegt zwar der Wein, den sie heute nacht bei Gorski gestohlen haben. Aber sie wird sich wohl hüten, den Wein anzurühren.“

„Ein paar Ohrfeigen würden ihr die Lust dazu vergehen lassen.“

„Also gut!“

Er froh aus seinen Betten, nahm einen Schlüssel, schlüpfte in einen zerlumpten Rock und in den Flur hinaus. Juzia wartete, an die Wand gelehnt, auf Semipudow. Durch die Tür, die nach den inneren Räumen führte, ließ sich auf das heftige Zanken der auf ihren Lagern ausgestreckten Dornen hören.

Mit Behmut vernahm Juzia die ihr vertrauten Schimpfworte und zog das Tuch über die Ohren, um die widerwärtigen Stimmen nicht zu hören. Ihr gegenüber stand der zweite Polizist und beobachtete jede ihrer Bewegungen.

Blötzlich öffnete sich die Tür zur Schenkstube, aus der Semipudow und Frau Leinbram gemächlichen Schrittes daherkamen.

„Guten Morgen, Fräulein“, sagte sie freundlich. „Gehen Sie wieder nach Warschau zurück?“

Juzia antwortete nicht. Sie wandte sich an Semipudow und sagte ungeduldig:

„Wir wollen gehen!“

„Nu, warum haben Sie's so eilig?!“ entgegnete Frumele, indem sie eine Tür aufschloß, die zu einem langen Korridor führte, an dessen Ende sich eine verfallene Kammer befand.

„Herr Semipudow hat noch nicht gegessen. Er hat Nührei bestellt. Ich muß frische Eier holen. . . Köchten Sie mir nicht helfen? Sie liegen dort in der Kammer rechts.“

Während sie das sprach, maß sie Juzias Gestalt mit prüfendem Blick und schien mit diesem Juwachs höchst zufrieden. Aber Juzia packte eine böse Ahnung. Sie zog sich noch mehr zur Wand zurück und starrte in Frumeles gelbes Gesicht.

„Nu, kommen Sie doch, Fräulein!“

„Nein, ich gehe nicht!“

„Warum nicht?“

„Weil ich nicht will!“

Sie wandte sich nach der Ausgangstür.

Aber in diesem Augenblick stürzten sich die beiden Polizisten wie auf ein gegebenes Zeichen auf Juzia, umwickelten ihren Kopf mit ihrem eigenen Tuch und hoben sie wie eine Puppe auf. Sie hatte weder Zeit aufzuschreien, noch sich zu verteidigen.

Sie trugen sie durch einen finsternen Korridor und warfen sie in die Kammer. Frumele folgte ihnen und schloß die Kammertür ab.

„So. . . Dort kann sie sich ausschreien! Es haben noch ganz andere als die da drinnen geschrien!“, sagte der Polizist.

Semipudow lachte.

„Das wird ihr gut bekommen! Morgen wird sie wieder lachen!“ sagte Semipudow hinzu.

Die beiden Männer kehrten wieder um.

Als sich die Korridortür hinter ihnen geschlossen hatte, konnten sie Juzias zornige Stimme nur noch schwach vernehmen. Sie hörte sich wie das Winseln eines Hundes tief im Keller an.

Die Polizisten berieten über irgend etwas; schließlich wandte sich Semipudow an Frumele und ver setzte ziemlich barsch:

„Was ist das für Wein dort in der Ecke der Kammer? Wie?“

— Frumele Luff die Augen widerwärtig zusammen.

„Der gehört uns!“

Die Polizisten begannen zu lachen.

„Oder auch Gorski. Wir haben nämlich die Flaschen erkannt.“

„Das ist nicht wahr.“

„Es ist wahr!“ schrie Kalinowski. „Ihr habt gestohlene Ware zum Aufbewahren genommen.“

„Das ist nicht Eure Sache“, erwiderte Frumele von oben herab. „Barlamow weiß davon. Er will sich mit Lagejew verständigen. Und Ihr solltet Eure Nase nicht in Sachen stecken, die Euch nichts angehen.“

„Ob sie uns nichts angehen, das ist noch eine Frage“ entgegnete Semipudow. „Man kann noch weitere Nachforschungen anstellen. Wir können zu Gorski gehen und ihm sagen, wo sich sein Wein befindet.“

Frumele brach in lautes Lachen aus.

„Das werdet Ihr nicht tun.“

„Warum denn nicht?“

„Weil Lagejew Euch aus dem Dienst jagen und Euch ein solches Zeugnis ausstellen würde, daß . . .“

„Ach, Lagejew bleibt auch nicht ewig auf seinem Posten.“ Das Wort war gefallen, das seit langem im Städtchen zu schwirren sah.

Frumele überlegte einen Augenblick.

„Run? Was möchtet Ihr?“

„Das wollen wir Euch in der Schenke sagen.“ Mit verhaltener Wut ging Frumele, mit den Pantoffeln klappernd, voran. In der Stube stand Leinbram, in Gedanken versunken, als wügte er nichts davon, was im Hause vorging. Als seine Frau mit den Polizisten eintrat, zog er sich zurück und ging vor das Haus, wo er wieder verträumt zum Himmel blickte. Unterdessen begann in der Stube ein elendes Geiltschen und Verhandeln zwischen den Spitzbubenpartien, die sich am liebsten gegenseitig die Haut abgezogen hätten. Draußen stand die Sonne noch am Himmel und überflutete mit ihren Lichtstrahlen die schwarzen Furchen des Koberbodens und die grünen Diefen, auf die sich langsam und majestätisch die weißen Störche herabließen.

Das alles betrachtete Leinbram mit seinen matten, felsamen Augen und berechnete gleichzeitig den Gewinn, den ihm die letzte Nacht eingebracht hatte.

# Fesche Formen — Gediegene Stoffe!

**Flotte Modellkostüme u. Mantelkleider**  
 teils aus besten Friedensstoffen, Seide, Kam-  
 mern, Gabadine u. Phantasiestoffe Schöpfungen  
 erster Meister, Prachtstoffe,  
 300 — 350 — 400 — 450 — 500 —  
 Solide Kostüme (teils Friedensstoffe)  
 55 — 72 — 85 — 95 — 105 —  
 Seidenkleider (Modells) 130 — 150 — 175 —

**Setagummi (Seidenmäntel),**  
 gesetzlich geschützt, Kissenbezug, wunderbare  
 Farbenstellungen, ausdrückende Formen,  
 135 — 150 — 165 — 180 — 200 —  
 Chemisemäntel mit passender Kante,  
 silbische Formen, 60 — 65 — 70 — 75 — 80 —  
 Staubmäntel aus reinweißen Stoffen,  
 Trielenswaren, 45 — 50 — 55 — 60 —

**Feinkörper (Koverkot) - Mäntel, flotte Formen,**  
 100 — 110 — 120 — 130 — 140 —  
 in silbischer Ausführung 42 — 45 — 48 — 50 —

**Plüschmäntel — Pelzmäntel — Ulster.**

Ketzelschende Plüschmäntel,  
 Bekannte Güte, wunderbar  
 ausgeführt  
 350 — 400 — 450 —  
 Passendes für stärkste  
 sichere vorräthig.

Gediegene Pelzmäntel, Gatte  
 Ausführung  
 1000 — 1050 — 1100 — 1150 —  
 Phantasie-Pelzmäntel,  
 stonisch lang 125 —  
 Pünktlichste Lieferung  
 zum Fest.

Felne Ulster, teils aus Friedens-  
 stoffen, mollige Qualitäten  
 150 — 160 — 170 — 180 —  
 Kleinfache, solide Ausführung  
 75 — 80 — 85 —  
 Auswahlsende per nach anseherlich  
 gegen Anzahlung.

## Westmann

I. Geschäft:  
 Mohrenstr. 37a.

II. Geschäft:  
 Gr. Frankfurter Str. 115.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

**Deutsches Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Tobias Buntschuh.  
**Kammerspiele.**  
 7 Uhr: Fasching.  
**Volksbühne.** Theater am  
 Bülowplatz.  
 7 1/2 Uhr: Das Konzert.

**Lessing-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Die Sorina.  
 Donnerstag: Peer Gynt.  
**Deutsch. Künstler-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Der Kammersänger.  
 Komtesse Mizzi. Erster  
 Klasse.  
 Donnerstag: Baumeister Solnes.

**Theater i. d. Königgrätzerstr.**  
 Dir. G. Reinhard — R. Bernauer.  
 7 1/2 Uhr: Totentanz II. Teil.  
**Komödienhaus**  
 7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.  
**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 4 Uhr: (halbe Preise)  
**Im U-Boot gegen den Feind.**  
 8 Uhr: Dr. Pöble:  
 Moskau und Petersburg.

**Theater für Mittwoch, den 4. April.**  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
 7 Uhr: Mignon.  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Gebr. Herrfeld-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Der Stolz der Familie.  
**Kleines Theater**  
 7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.  
**Komische Oper**  
 7 Uhr 20 Min.: Die Dose Sr. Majestät.  
 Morg. Gastsp. d. Gr. Hofsch. Weim.  
 7 Uhr 20 Min.: Iphigenie auf Tauris.  
**Lustspielhaus**  
 7 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.  
**Metropol-Theater**  
 7 Uhr  
 10 Min.: Die Geadastürstin.

**Neues Operettenhaus**  
 Schiffbld. 4a. Kassentel.: Nord. 281.  
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.  
**Residenz-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.  
**Schiller-Theater O.**  
 7 1/2 Uhr: Hinter Mauern.  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.  
**Thalia-Theater.**  
 7 Uhr: Das Vagabundenmädchen.  
 25 St.  
**Theater am Nollendorpl.**  
 7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.  
**Theater des Westens**  
 7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Glück  
**Tranon-Theater**  
 8 Uhr: Ein glücklich. Familienvater

**Circus Busch**  
 Heute 7 1/2 Uhr:  
 Die neue April-Schlager:  
 Georg, Leo Rauch, Koko usw.  
 Zum Schluss:  
 Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime  
**Die versunkene Stadt.**  
 1., 2. u. 3. Osterfeiertag je  
 2 große Vorstellungen.  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Geleprinzeßin.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Die versunkene Stadt.**  
 Billette 1. Vorverk. entnommen!  
 Zirkusk. ab 10 U. ununterbr. geöffnet.  
 In sämtl. Vorst. d. humor. Feiertag.

**Zirkus A. Schumann**  
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Heute und täglich:  
**Das neue Programm.**  
**Das Orakel**  
 der mysteriösen Rixe der türk.  
 Illusionist. Odeone u. Senia.  
 Musik. Phantast. Akt  
 4 Personen.  
 Gebr. Wittas, Akrobaten.  
 Der große equest. Teil.  
**Die Seeräuber**  
 Ausst. - Pantomime in 4 Akten.

**NATIONAL-THEATER.**  
 Täglich 7 1/2, sowie 1. u. 2. Feiertag:  
**Studentenliebchen.**  
 Dorette u. 3. Akt. Ruf. u. 2. Stimme.  
 Sonntag 7 1/2. Donnerstag 7 1/2. Sonn-  
 abend 7 1/2. 1. u. 2. Feiertag 7 1/2.  
**Jugend.** Liebesdrama in 3 Akten.  
 Sonntag. a. b. Feiert. 10 — 11. abdo.

**Spolito**  
 FRIEDRICHSTR. AN DER MOCHTSTR.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Das vielseitige**  
**Variété-Programm!**  
 Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
**„Cabaret Feldman“**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 An beiden Osterfeiertagen  
 Nachm 3 Uhr:  
 Vorstellung zu  
 ermäßigten  
 Preisen!  
**Neues**  
**Programm!**

**Palast**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Die neue Revue  
 in 6 Bildern:  
**Berlin im Krieg**

**Berliner Konzerthaus.**  
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
**Heute: Großes Konzert**  
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters.  
 Leiter: Komponist Frz. v. Blon.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf.  
 An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt  
 und voller Orchesterbesetzung.

**Rose-Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der fidele Bauer.**  
**Walthalla-Theater.**  
 7 1/2 Uhr: Max und Moritz.  
 7 1/2 Uhr: Das Glücksmädel.

**WINNER GARTEN**  
 Der neue große  
**Variété-Spielplan**  
 Als Gast  
**Frieda Langendorf**  
 former  
**Paul Beckers**  
 Lena Amel, Mize Hausmann,  
 Brüder Kuehl, Lisl Fluber  
 14 neue Nummern.

**Kaninchen kauft**  
 8000 Stück, 1000 Stück, 500 Stück, 250 Stück, 100 Stück, 50 Stück, 25 Stück, 10 Stück, 5 Stück, 2 Stück, 1 Stück.  
**Tasche.** 10 Stück, 5 Stück, 2 Stück, 1 Stück.

**Die Zarengeißel**  
 Sturmshreie aus hundert  
 Jahren u. Herausgegeben  
 von Dr. Franz Diederich

**Admirals-Palast.**  
 Die Novität  
**Abrakadabra**  
 großes phantastisches Ballett  
 auf dem Eise.  
 7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Wockenfuß,  
 Friedrichstr. 123 (Oranienb. Tor),  
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
 Eritlich-Harn-Kur (Dauer 10 Tage),  
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
 215/100) störung. Teilzahlung.  
 Sprechstunden 11—1 und 6—8.

**Heines Werke**  
 3 Bände 5 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts

**Bringt Euern Goldschmud**  
 den Goldankaufstellen!

**B. FEDER**  
 Norden: Brunnen-Strasse 1  
 Süden: Kottbuser Damm 103  
 Osten: Frankfurter Allee 350  
 Westen: Charlottenburg, Scharrnstr. 8  
 Ecke Wilmersdorfer Str.  
 gegen bar und auf Kredit  
 zu annehmbaren Bedingungen  
**Frühjahrs-Neuheiten**  
 Jackenkleider, Mantelkleider  
 Seidenkleider, Seidenkostüme  
**Frühjahrs-Mäntel**  
 Kleider-Röcke aus Seide,  
 Volla, Wolllstoff  
**Elegante Blusen**  
 in Seide, Volla u. Chiffon  
**Gummi-u. imprägnierte**  
**Seiden-Mäntel**  
 Fertige Herren-Kleidung  
 Burschen- u. Jünglings-  
 = Anzüge =  
 Gute Verarbeitung.

**Verkäufe**  
 Peißhaus...  
**Möbel**  
**Mietwagen**  
**Möbel**  
**Mietwagen**

**Kaufgesuche**  
 Platinabfälle bis 700 Mark per  
 Gramm...  
**Sparmetalle**  
**Sparmetalle**

**Sturmshreie**  
 Sturmshreie aus hundert  
 Jahren u. Herausgegeben  
 von Dr. Franz Diederich

**Unterricht**  
 Englischen Unterricht für  
 Kinder und Fortgeschrittene...  
**Vermietungen**  
**Mietgesuche**

**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Arbeiterinnen**  
**Maurer, Steinträger und Arbeiter**  
**Portier**

**Unterricht**  
 Englischen Unterricht für  
 Kinder und Fortgeschrittene...  
**Vermietungen**  
**Mietgesuche**

**Isolierrohrfabrik**  
 sucht Meister oder Vorarbeiter.  
 tüchtigen  
 Angebots mit Gehaltsanforderungen und Angabe der Militär-  
 verhältnisse an  
**Arbeitsburschen**  
 Druckerei - Expedition Vorwärts  
 Lindenstr. 3, 1. Hof parierte.

**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Arbeiterinnen**  
**Maurer, Steinträger und Arbeiter**  
**Portier**

**Sturmshreie**  
 Sturmshreie aus hundert  
 Jahren u. Herausgegeben  
 von Dr. Franz Diederich

**Unterricht**  
 Englischen Unterricht für  
 Kinder und Fortgeschrittene...  
**Vermietungen**  
**Mietgesuche**

**Arbeitsmarkt**  
**Stellenangebote**  
**Arbeiterinnen**  
**Maurer, Steinträger und Arbeiter**  
**Portier**

**Unterricht**  
 Englischen Unterricht für  
 Kinder und Fortgeschrittene...  
**Vermietungen**  
**Mietgesuche**

**Isolierrohrfabrik**  
 sucht Meister oder Vorarbeiter.  
 tüchtigen  
 Angebots mit Gehaltsanforderungen und Angabe der Militär-  
 verhältnisse an  
**Arbeitsburschen**  
 Druckerei - Expedition Vorwärts  
 Lindenstr. 3, 1. Hof parierte.